

Standpunkte

Zeitschrift der Studienvertretung VW/SozÖk/SEEP an der WU Wien



Nachhaltigkeit.

The new Master's in Economics

Starting next winter semester, the current German taught master's in economics will be replaced by an English program. While new subjects represent welcome opportunities to future master students, other changes seem questionable.

Seite 4

Diskurs: Bedingungsloses Grundeinkommen

Im Rahmen einer Diskursanalyse werden die durch Machtinstitutionen (re)produzierten gesellschaftlichen Wahrheiten, in die der Diskurs um das Bedingungslose Grundeinkommen eingebettet ist, untersucht.

Seite 6

Demokratisierung der Wirtschaft als Lösung für unser Ressourcenproblem

Angesichts steigender globaler Vermögensspreizung und Ausbeutung erweist sich ein Überdenken bisheriger Produktionsformen hin zu einer solidarischeren Form des Wirtschaftens als angemessen.

Seite 16

inhalt editorial

3 Die Studienvertretung berichtet

4 The new Master's in Economics

von Daniel Winkler

6 Diskurs: Bedingungsloses Grundeinkommen

von Pia Rafelsberger

8 Löhne oder Profite - Was generiert Wachstum?

von Fabio Ascione und Christoph Prenner

12 Medienkonzentration: Die Messung medialer Unabhängigkeit

von Maximilian Propst

14 Hackeln bis 70?

Abhängigkeitsquoten in der Pensionsdebatte

von Andreas Chmielowski

16 Demokratisierung der Wirtschaft

als Lösung für unser Ressourcenproblem

von Laura Porak

18 Die Entwicklung des österreichischen Materialverbrauchs

von Sanaz Kazerounian

20 Kontinuität der europäischen Integration

von Mathias Brunner

BUCHREZENSIONEN

10 Allgemeine Theorie der

Beschäftigung, des Zinses und des Geldes

von Klara Lehner

11 Konzernmacht brechen

von Corinna Dengler

14 Das Kapital des Staates

von Lauritz Kleber

WER UNTERRICHTET DICH?

22 Interview mit Jürgen Essletzbichler

von Maximilian Propst

VERANSTALTUNGSKALENDER

Liebe Leserinnen und Leser!

Nachhaltigkeit. Zullererst assoziiert man diesen Begriff wohl mit Problematiken der Umweltzerstörung, der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und der Frage, wie ein solches auf fortwährendes Wachstum ausgelegtes Wirtschaftssystem fortbestehen kann. Er gibt viel Stoff zum Nachdenken, über die Ursachen der bestehenden Wirtschaftsordnung genauso wie über mögliche Wege hin zu einer solidarischen und eben nachhaltigeren Form des Wirtschaftens.

Einige Artikel dieser Ausgabe greifen ebenjene Assoziation. So befasst sich Laura Porak mit der Frage, wie eine Überleitung in ein nachhaltigeres, demokratischeres Wirtschaftssystem ausschauen könnte und Sanaz Kazerounian untersucht in ihrem Artikel die Entwicklung des österreichen Ressourcenverbrauchs.

Der Begriff kann jedoch auch in breiterer Weise verstanden werden. Gerade in letzter Zeit erfährt die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens zunehmende mediale Prominenz. Auch dies hat zweifelsfrei mit Nachhaltigkeit zu tun, nämlich mit jener unserer gesellschaftlich geprägten Idee von Arbeit. Pia Rafelsberger führt in ihrem Beitrag eine Diskursanalyse des Themas durch, beschäftigt sich also mit den zugrunde liegenden Machtverhältnissen und Wahrnehmungen, die dem Diskurs um das BGE zugrundeliegen.

Andreas Chmielowski wirft einen Blick auf die Nachhaltigkeit der europäischen Pensionssysteme: Wie robust sind sie im Angesicht typischerweise zunehmend älter werdenden Bevölkerungen?

Selbst schreiben statt vorschreiben lassen!

Wenn du Lust hast an den Standpunkten mitzuwirken schicke ein E-Mail an standpunkte.zeitung@gmail.com oder komm einfach bei der nächsten Redaktionsitzung vorbei (am 21.10. um 16:00 im D4.0.019)! Weitere Informationen und alte Ausgaben findest du auf den Seiten des VW-Zentrum wu.ac.at/economics/vw-zentrum.

Von Schwerpunkt-Thema abgesehen, befasst sich diese Ausgabe aber auch mit anderen wichtigen Themen. An erster Stelle sei hier die Umstellung des VWL-Masterprogrammes genannt, das ab kommendem Wintersemester englischsprachig und zugangsbeschränkt sein wird. Daniel Winkler fasst in seinem Artikel die großen Änderungspunkte, sowohl das Curriculum als auch die Aufnahme betreffen, zusammen. Dieser Artikel ist von besonderer Wichtigkeit, da diese Umstellung wohl nicht wenige unserer Leserinnen und Leser direkt betreffen werden. Maximilian Propst schreibt über die Messung medialer Unabhängigkeit, Christoph Prenner und Fabio Ascione stellen sich die Frage nach der Ursache für Wachstum und Mathias Brunner analysiert anhand eines Modells die Zukunft der europäischen Integration - in gewisser Weise auch eine Frage der Nachhaltigkeit der europäischen Gemeinschaft wie wir sie kennen.

Viel Spass beim Lesen!
Eure Standpunkte Redaktion

IMPRESSUM: Ausgabe Nr. 15, Oktober 2017
HERAUSGEBERIN: Mastervertretung VWL/SozÖk/SEEP WU
CHEFINNENREDAKTION: Andreas Chmielowski, Florian Bohinc
REDAKTION DIESER AUSGABE: Laura Porak, Corinna Dengler, Maximilian Propst, Fabio Ascione, Christoph Prenner, Klara Lehner, Sanaz Kazerounian, Lauritz Kleber, Mathias Brunner, Pia Rafelsberger, Daniel Winkler, Andreas Chmielowski
LAYOUT: Andreas Chmielowski

Die Studienvertretung berichtet



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Mai waren ÖH-Wahlen und ihr habt neben Universitäts- und Bundesvertretung auch eure neue Studienvertretung gewählt. Diese ist - wie viele von euch wissen - eine gemeinsame Vertretung für die drei Masterstudien VWL, Sozioökonomie und SEEP. Da die Vertretung der Bachelorstudierenden aus allen Studienzweigen in einer Vertretung zusammengefasst ist und die relativ kleine Gruppe an VWL- und Sozioökonomiestudierenden mit ihren Bedürfnissen da untergeht, fühlen wir uns als Mastervertretung auch für die Anliegen, Interessen und Probleme der Bachelorstudierenden verantwortlich. Das heißt, dass ihr insgesamt drei Anlaufstellen habt, die auch öfters und gerne zusammenarbeiten bzw. Verantwortungsbereiche abstimmen: das *VW-Zentrum*, das *Sozök Home* und uns, von der *Mastervertretung VW.Sozök. SEEP*.

Wen habt ihr da eigentlich gewählt?

Sarah Beran ist nun im 3. Semester des Masters VWL. Einige von euch kennen sie vielleicht schon aus dem Bachelor VWL, den sie auch auf der WU absolviert hat oder von ihrer zweijährigen Arbeit beim VW-Zentrum, wo sie unzählige Veranstaltungen organisiert hat und den Studierenden immer mit Rat und Tat zur Seite stand. *Daniel Winkler* ist vor allem für seine große Hilfsbereitschaft bei Hausübungen und Lerngruppen und als R-Spezialist bekannt. Er studiert im mathematischen Zweig des VWL-Masters und stellt gerade bei seinem Auslandssemester in Dänemark fest, dass Kurse dort von mehreren Professor_innen unterrichtet werden, wobei jede_r nur das eigene Spezialgebiet präsentiert. *Cami Garfias* absolvierte auf der Uni Wien ihr Soziologie-Studium und studiert mittlerweile gemeinsam mit Sarah im angewandten Zweig des VWL-Masters. Sie engagiert sich seit ihrer Schulzeit in verschiedenen Organisationen, war die ÖH-Vorsitzende der Uni Wien und ist nicht zuletzt deshalb unsere Unirechtsexpertin. *Berni Muttenthaler* hat seinen Bachelor in Politikwissenschaften gemacht und studiert nun im 3. Semester des Masters Sozioökonomie an der WU. Mit seinem jahrelangen Engagement beim VSSSTÖ hat er somit schon für die Anliegen der Studierenden auf verschiedenen Universitäten gekämpft. *Vero Heimerl* studiert nach ihrem VWL-Bachelor an der WU im 3.

Semester SEEP und setzt sich gemeinsam mit den „cohort speakers“, die jeder Jahrgang wählt, für euch ein.

Mit unseren verschiedenen Hintergründen und Interessen, unserem gebündelten Know-How und vollster Motivation treten wir die kommenden zwei Jahre für eure Interessen ein. Egal ob bei kleineren oder größeren Anliegen oder Problemen – meldet euch jederzeit bei uns!

Was haben wir bisher so gemacht?

Unsere offizielle Legislaturperiode hat mit Anfang des Wintersemesters 2017/18 begonnen. Dennoch haben wir uns den Sommer über fleißig getroffen und über mögliche Veranstaltungen, Aktionen und bevorstehende relevante Änderungen für Studierende diskutiert. Besonders wichtig war es uns, laufend Informationen zum neuen zugangsbeschränkten Master „Economics“, der ab Wintersemester 2018/19 den Master VWL ersetzen wird, zusammenzutragen und an verschiedenen Stellen auf Probleme mit dem neuen Master und dem Auswahlverfahren hinzuweisen (Departmentkonferenz, Gespräche mit dem Programmkoordinator Guido Schäfer, Senatssitzung, Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen). Des Weiteren haben wir uns mit einigen Professor_innen getroffen, um an uns herangetragene Wünsche und Beschwerden mit ihnen zu besprechen und Lösungen zu finden. Wir müssen gestehen, dass wir nicht in allen Fällen so erfolgreich waren, wie wir uns das gewünscht hätten. So ist es uns z.B. nicht gelungen einen alternativen Ökonometrikurs für dieses Semester im Master VWL durchzusetzen. Wir werden natürlich für einen zusätzlichen Kurs im nächsten Semester kämpfen, sodass es zumindest dann zu keinen Engpässen kommt. Außerdem beobachten wir das Aufnahmeverfahren des Master Sozioökonomie genau, damit sich die Vorkommnisse aus dem letzten Jahr nicht wiederholen. Für SEEP haben wir gemeinsam mit den „cohort speakers“ Feedback zu den Lehrveranstaltungen gesammelt um für die nächste Kohorte einige Verbesserungen anzuregen.

Was haben wir vor?

Neben der *Vertretung eurer Interessen gegenüber den Departments* und der *Kommunikation* mit ihnen ist es unser größtes Anliegen ein *regelmäßiges Plenum* zu etablieren. Wir finden, dass *kontinuierlicher Informationsaustausch* in beide Richtungen eine der

Grundvoraussetzungen dafür ist, dass wir als Studienvertreter_innen unsere Arbeit gut machen können. Beim Plenum wollen wir einander auf dem Laufenden halten, aktuelle Themen diskutieren, Ideen sammeln, Veranstaltungen planen, uns vernetzen und gemeinsam Lösungen für Probleme finden. Wir sind davon überzeugt, dass eine *starke Community und Selbstorganisation* nicht nur den Informationsaustausch, sondern auch die Umsetzungsfähigkeit stärkt. Ihr könnt euch dabei aktiv einbringen oder auch einfach zuhören und einen Einblick bekommen, was wir so machen. Deshalb: Studentinnen und Studenten aus Master und Bachelor, aus VWL, Sozioökonomie und SEEP, fühlt euch angesprochen, schaut vorbei und bringt euch ein! Und weil es sich mit leerem Magen so schlecht diskutieren lässt, wird auch für *Essen* gesorgt sein. Wir freuen uns auf euch und viele spannende Plena!

Konkret planen wir momentan einige Veranstaltungen, z.B. zum Thema Jobaussichten nach einem VWL-, Sozioökonomie- oder SEEP-Studium. Bei den mittlerweile allseits bekannten und sehr beliebten Veranstaltungsformaten „SOLV“ und dem *Lesekreis* könnt ihr in der Planung mitgestalten. Falls es ein Thema gibt, von dem ihr findet, dass es im Studium viel zu kurz (oder gar überhaupt nicht vor-) kommt: hier gibt es Platz dafür. Und natürlich sind darüberhinaus Ideen für neue Veranstaltungen mehr als willkommen. Wir haben uns auch schon einige spannende Ökonom_innen überlegt, die wir gerne für einen Workshop oder eine Diskussionsrunde einladen würden und sind gespannt, was ihr davon haltet. Zu guter Letzt wird der VW.Sozök.SEEP-Heurige, der mittlerweile zur Institution geworden ist, selbstverständlich weiterhin am Programm stehen.

Wir hoffen, euch alle bald zu sehen und freuen uns auf die nächsten zwei Jahre!

Plenum: alle 2 Wochen, jeweils im D4.0.144: Mi, 11.10.2017; Mo, 23.10.2017; Mi, 8.11.2017; Mo, 20.11.2017

Masterday: 16.11.2017 | 10:30 – 17.30 | LC

mastervertretung@vwsozoekseep.at
facebook.com/vwsozoekseep/

The new Master's in Economics

As commonly known, the currently German taught master's in „Volkswirtschaft“ will be replaced by an English taught program, starting next winter semester. Prospective master students will face grave changes regarding both admission and the new program's curriculum. A critical analysis by **Daniel Winkler**

Starting in October 2018 the master's in economics will follow a new curriculum that has been in the works since 2015. It will be taught entirely in English, with possible exceptions for Austria-specific classes, in an effort to attract an international student body and prepare alumni for a work and research environment that is primarily English speaking. Therefore, English seems to be the appropriate choice of language for this article which is also addressed at potential future students. It will first highlight a few important dates, deadlines and requirements for future and current master's students. Subsequently, the major changes in the curriculum will be presented with critical remarks followed by a conclusion.

Important dates, deadlines and requirements

The admission process has already begun on September 1, with the first priority deadline ending on October 8. The second priority deadline is on January 8 and the final one on March 8. Students who majored in economics or socioeconomics at WU automatically fulfill all the requirements. Others need to have completed at least 25 ECTS credits in economics and 8 in mathematics or quantitative methods. In addition, English proficiency (C1) needs to be documented by one of the common standardized tests. The application must include a letter of motivation and a CV. In addition, applications for the science track (see below) must include an abstract of the applicants Bachelor's Thesis.

Students currently enrolled in the old curriculum have to finish their studies as planned until the summer semester 2021. Classes from the old curriculum will be scaled back starting after the academic year 2017/18 depending on demand. If less than 10 students enroll in an "old" class they will be directed to an equivalent one in the new curriculum, which will be accredited. Current students, especially those starting this semester, therefore have to prepare to take some classes in English instead of German.

Important changes

The single most important non-curriculum change is the introduction of limitations on

admissions. Based on the requirements outlined above, around 80 applicants will be admitted to the new master's program of which around 20 will be in the science track. Sadly, there is no guarantee for WU students to be admitted. The aim of the department, which has an oral agreement with the student representatives, is to fill half of the spots with WU alumni. This, of course, is insufficient as current applications from WU Bachelor holders number between 60 and 70 for the years 2011 to 2015 (see EQE 2016, p. 9). As in the previous year the overall number of applications has increased by around 50% compared to that period, this is not likely to have changed. Applying the same ratio to people who are interested in the research track, which also serves as a fast track for the PhD as credits will transfer, leaves WU alumni competing for 10 spots. A closed Facebook group of math track-students from the 2016/17 cohort (the current equivalent of the future research track) has 41 members (including two who are former student representatives and not part of the cohort), around half of which have Bachelor's degrees from the WU. Thus, even admitting only the WU students to the research track would make the available spots barely sufficient.

In addition, the jury that decides on admissions (so far) only includes one female professor, a fact that does not necessarily speak for a change in gender inequalities in economics. It should be pointed out that even a slight gender bias means for a program limited to 80 people and 20 people in the research track. The latter especially is traditionally male dominated. This is something the jury must be conscious of. In addition, the WU and the Department of Economics should encourage women to apply for the master's and join the research track.

As for the changes in the curriculum, there are a few notable improvements. First, the introductory phase in the first half semester has been reduced to three courses (microeconomics, macroeconomics and mathematics) by scrapping the economic growth course. The latter will potentially be taught as a separate class in macroeconomics. This is a welcome change as the workload in the first half semester was disproportional to other

semesters, leading to a lack of deep understanding of the foundations in those topics. However, one has to be aware that 17 ECTS-credits are now planned for the second half semester. What this exactly means in terms of workload for students remains to be seen. It is still unclear what will actually be taught in any of the classes. To give an example: currently statistics and linear algebra, among other courses, are taught in the second half semester of the mathematical (now research) track. This short period of time is insufficient for two such broad and important subjects, a common source of complaint from both students and professors. The new plan intends to add econometrics to the former, an addition that seems ill advised.

Furthermore, following other universities in splitting up multiple classes has the potential to bring more structure and clarity. One example is the introduction of micro- and macroeconometrics courses in addition to a general econometrics course. This will make the curriculum in econometrics less dependent on who is teaching and has the potential to ensure a broad understanding of different econometric topics. In addition, the introduction of research and policy seminars linked to specializations is sensible. It gives students more room to apply their knowledge rather than the application being a side project within a class.

Also the specializations represent a missed opportunity. The topics on offer are largely a residual from the current plan and thus the department failed to use this reform to broaden its horizon. What makes this situation worse is that the lack of new specializations is not due to a lack of ideas for such. The Institute for Institutional and Heterodox Economics would have gladly offered a specialization in heterodox economics. The proposal was rejected by other professors in the department. What makes this situation more mind-boggling is the fact that there is high demand for such a specialization from students. The rejection could therefore be seen as a political rather than a reasonable decision. In the previous issue of Standpunkte (Tschofen 2017, p. 31) the program coordinator of the master's program, Prof. Guido Schäfer, rightly notes that heterodoxy has a

higher status at the WU than it has at other universities. However, he then goes on to ask whether heterodox economics should be part of the basic education or a specialization. This question is based on the (incorrect) idea that those two are mutually exclusive, and, to a certain degree, contradicts his former statement. In addition, in the new master's it is neither part of everyone's basic education nor a specialization. Heterodox economics, clearly a potential field of interest for all economists, is only part of the curriculum for the applied track. It is also incorrect to state that whether heterodox economics is taught or not has nothing to do with the field's status within the department. Heterodox professors and researchers do not appear out of thin air. As other universities value heterodoxy even less than the WU, their graduates are unlikely candidates for future heterodox work. The fact that those on the fast track to a PhD have potentially never heard of heterodox economics by the time they graduate is thus a shame and will eventually lead to a lack of heterodox personnel, a fact that the department should be aware of.

Conclusion

To summarize, the new master's curriculum gets a few things right but misses a lot of opportunities. The change to an English curriculum is welcome and will attract international students and professors alike, broadening the horizon of economic thought at the WU. At the same time the horizon seems artificially restricted by department policy to keep heterodox economics at a minimum. To put it in very classical terms: despite supply and demand for a specialization in heterodox economics, no market for it could be realized due to regulations. The only conclusion can be that this constitutes a clear government failure.

The newly introduced micro- and macroeconomics courses, on the other hand, are a welcome addition to the curriculum and will hopefully give students a deeper and broader understanding of quantitative me-

thods. A similar argument can be made for the split in micro- and macroeconomics proper. However, these newly introduced classes must not mean the same workload for less credits. A sensible division and coordination of the material among the related courses is essential for the curriculum's success.

Of course, much is yet to be determined about the master's in economics and there is still potential to shape its future by being conscious early on about what works and what does not. It is therefore essential for both professors and students to give extensive feedback to the department and the student representatives. In turn, it is imperative that those who have the power to make changes listen and encourage rather than hinder improvements and innovations. We trust that an environment of open communications and good faith will vastly benefit the new program and therefore students as well as professors and we call on everyone involved to make their contribution.

References:

- EQE - Evaluierung und Qualitätsentwicklung (2016). PD-Report Master Volkswirtschaft. URL: <https://www.wu.ac.at/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=419056&token=22349cdcb6945a98a7cf33053f6a51bf4bcecfb9>
- Tschofen, Peter (2017). Wer unterrichtet dich? Guido Schäfer. In: Standpunkte Nr. 14 – März 2017. URL: https://www.wu.ac.at/fileadmin/wu/d/economics/export_vwz_neu/Standpunkte/Standpunkte_14-Aktuell.pdf

Useful Links:

- <https://www.wu.ac.at/en/programs/masters-programs/masters-program-economics/overview/>
- <https://www.wu.ac.at/en/programs/application-and-admission/international/requirements/master/mengl/rollad/>

Daniel Winkler does his master's in Economics at WU, and is member of the students' council VW/SozÖk/SEEP

SOLVXI: Digitale Revolution - Wandel von Produktion und Arbeitsverhältnissen

18.10 Podiumsdiskussion

mit Streißler-Führer, Risak,
Meren-Waldstein, Peneder

wöchentlich, Mittwoch 17:30 - 19:30

Diskurs

Bedingungsloses Grundeinkommen

Das Konzept des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) darf in einer Schwerpunktausgabe zu nachhaltigem Wirtschaften nicht unbehandelt bleiben. Der folgende Artikel setzt sich mit dem Diskurs auseinander, in welchem dieses Konzept eingebettet ist. Eine Analyse von **Pia Rafelsberger**

Ein Einkommen für alle?

Die Idee, die hinter dem Konzept des BGE steckt, ist eine einfache: Jeder Mensch erhält ein existenzsicherndes Einkommen, welches ihm_ih_r unabhängig von Alter, Geschlecht und Lebenssituation zusteht. Dieses Einkommen wird aus öffentlichen Mitteln gespeist und ist völlig bedingungslos. Das bedeutet in diesem Zusammenhang, dass es weder an bestimmte Voraussetzungen geknüpft ist, noch begrenzt werden soll. Das Ziel dahinter ist so klar, wie einfach – durch die Abkoppelung der Existenzsicherung von Arbeit soll den Menschen eine neue Form der Freiheit zukommen, die es ihnen erlauben soll in Menschenwürde ihr Leben zu gestalten. Anders als beispielsweise die österreichische bedarfsorientierte Mindestsicherung ist das BGE somit nicht subsidiär, sondern soll völlig unabhängig jedem_jeder Bürger_in zustehen.

Ein Diskurs – was ist das?

Besonders in jüngster Zeit erfreut sich die Diskussion um das BGE neuer Inputs – sei es durch die partielle Einführung in Finnland – das BGE soll hier gewissermaßen auf seine Anwendbarkeit hin getestet werden – oder durch die Thematisierung im Film. Der vorliegende Text versucht in diesem Zusammenhang darzustellen, in welchem Diskurs die Diskussion rund um das BGE steht.

Der Diskursbegriff, der hier zu Grunde gelegt wird, ist angelehnt an jenen des französischen Philosophen Michel Foucault. Er zeigt auf, dass breite gesellschaftliche Diskurse geprägt sind von Mechanismen, Institutionen und Ideologien¹. Der Kernbegriff, der hier ebendiese umfasst, lautet „Macht“. Unter Macht können alle jene sozialen Phänomene subsumiert werden, welche auf einen Diskurs einwirken. Das bedeutet folglich, dass zum einen gefragt werden muss, wie über einen Diskurs gesprochen wird – das heißt, was wird gesagt, was wird nicht gesagt, zum anderen reicht diese reine linguistische Herangehensweise nicht aus. Aus einer diskursanalytischen Perspektive heraus ist es wesentlich, diese Machtinstitutionen aufzuzeigen, um darlegen zu können, wie die Gesellschaft den Diskurs geschaffen hat. Dieser gesellschaftlich (re-)produzierte Diskurs schafft wiederum Wahrheiten, Gewissheiten und Ordnungen, im Rahmen welcher gedacht wird bzw. gedacht werden kann².

Der Diskurs – BGE

Im Rahmen dieses Artikels wird in Kürze auf die Frage eingegangen, wie sich der Diskurs rund um das BGE gestaltet. Dabei ist einerseits zu erwähnen, dass es sich bedingt durch die Kürze um keine breite Analyse des Diskurses handelt – es wird hier lediglich auf Eckpfeiler hingewiesen werden können – und zum anderen muss bereits vorab gefragt werden: Ist das BGE bereits ein Diskurs? Hierzu ist zu sagen, dass das BGE selbst im Rahmen eines größeren Diskurses steht – jenem der Ökonomie. Historisch bedingte soziale, politische und kulturelle Vorstellungen prägen hier den Diskurs massiv. Es ist

also festzuhalten, dass, wenn hier die Rede ist vom Diskurs des BGE, tatsächlich ein Ausschnitt des Diskurses Ökonomie behandelt wird. Gerade im Zusammenhang der vorliegenden Schwerpunktausgabe scheint es essentiell darauf hinzuweisen, dass hier bestimmte fundamentale Vorstellungen oder, um es mit Foucault zu sagen, Wahrheiten vorliegend sind, welche den Diskurs beherrschen und eine Diskussion um das BGE, welche unweigerlich im Rahmen dieses Ökonomie-Diskurses stattfindet, prägen.

Um sich dem Konzept des BGE diskursanalytisch zu nähern, wird hier methodisch eine Medienanalyse gewählt. Wie wird in den wichtigsten österreichischen Onlinenewsportalen³ über das BGE berichtet, wer spricht, was wird besprochen, was wird nicht angesprochen – daraus folglich, welche Informationen werden als unwichtig oder selbstverständlich wahrgenommen und somit reproduziert?

Industrie 4.0

Ein Schlagwort, welches im Kontext des BGE immer wieder aufkommt, ist die Digitalisierung bzw. Automatisierung. Als paradigmatisch hingegenommene große Gefahr der Zukunft stellt die Automatisierung eines der wesentlichsten Argumente für das BGE dar. Durch die fortschreitende Entwicklung von Robotern wird in Zukunft ein nicht unwesentlicher Anteil der gesamten Arbeitsplätze Gefahr laufen, von einem solchen übernommen zu werden. Diese Annahme wird mit Gewissheit hingenommen und bietet somit eine willkommene Basis für die Forderung eines Grundeinkommens. Zur Bestätigung dieses Paradigmas wird auf Studien und Meinungen von Expert_innen hingewiesen – auf welche im weiteren Verlauf dieses Textes noch weiter eingegangen werden wird. Dass es sich bei der Automatisierung mehr um eine Gefahr für die gesellschaftliche Entwicklung als um eine Möglichkeit handelt, wird deutlich durch die Sprache und Wortwahl, die im Kontext dieser Diskussion gewählt wird – so wird von „Robo-Revolution“ und einem „Kampf zwischen Mensch und Maschine“ gesprochen.

Was im Rahmen dessen allerdings angemerkt werden kann, ist, dass hier allenfalls ein Paradigmenwechsel vonstatten geht. In der herrschenden Vorstellung ist die womöglich größte Motivations-, sowie Legitimationsquelle für menschliche Arbeit die Annahme einer Güterknappheit – die notwendigen Güter des allgemeinen Lebens sind knapp und nicht zur Genüge für alle Menschen da. Folglich muss gearbeitet werden, um a) mehr Güter zu produzieren und b) eine Legitimation bzw. einen Platz im Rahmen des Umverteilungssystems zu erhalten. Die Argumentation bezüglich des kausal nötigen Zusammenhangs von Automatisierung und der Einführung eines BGE bedient sich einer alternativen Grundannahme. Hier wird die Vorstellung einer Welt zu Grunde gelegt, in welcher Güter zu genüge zu Verfügung stehen – Roboter und andere Technologien produzieren, was der Mensch benötigt. Die Frage ist nun: Wie wird entschieden, wer welchen Anspruch aus welcher Arbeitsleistung heraus hat? Eine

mögliche Antwort auf diese Frage wäre die Schaffung eines BGE. Aus einer bestehenden gesellschaftlich angenommenen Wahrheit heraus – Automatisierung ist eine Gefahr – wird sich somit im Rahmen des Diskurses und bezugnehmend auf eine andere Wahrheit – um zu gesellschaftlichen Gütern zu kommen, muss gearbeitet werden – einer Argumentation bedient, die aus dem Diskurs heraus verständlich ist.

Utopie Grundeinkommen

Im Großen und Ganzen wird durch die mediale Aufarbeitung des Themas BGE der Eindruck geweckt, dass es sich bei den Befürworter_innen eines solchen um Utopist_innen handelt, welche bezogen auf existentielle Fragen zu dem Konzept, für welches sie eintreten, keine „richtige“ Antwort haben. Dabei wird an vorderster Front das Argument der Finanzierbarkeit angebracht. Bezogen auf die vorab gebrachte Erläuterung, dass es sich hierbei um einen größeren Diskurs der Ökonomie handelt, ist dies einleuchtend. Hier vorherrschende Annahmen sind geprägt von kapitalistischen Systemen, Institutionen und Ideologien. Die Debatte um das BGE steht somit auch nicht außerhalb dieser Vorstellungswelt. Obwohl das Konzept selbst medial teilweise sogar als sozialistisch bezeichnet wird, ist die Argumentation und Darstellungen desselbigen eine kapitalistische. Das funktioniert zum einen über die bloße dogmatische Entgegnung der Befürworter_innen des BGE über die Finanzierbarkeit – welche sich je nach Strömung unterschiedlich gestalten soll, aber niemals einen wahren Systemwechsel fordert, und zum anderen über die Expert_innen, die diesbezüglich zu Wort kommen. Diese sind sowohl auf Seiten der Kritiker_innen, als auch der Befürworter_innen zu einem Großteil namhafte Kapitalist_innen und Wirtschaftsexpert_innen.

Ein weiterer Aspekt, der in nahezu allen Darlegungen behandelt wird, ist das Menschenbild, das dem Diskurs zu Grunde liegt. Hier wird ein Hobbessches Menschenbild angenommen, wonach ein Mensch im Kampf um Güter nur auf seinen eigenen Vorteil aus ist. Dieses Menschenbild stellt eine der wesentlichen Basisannahmen des kapitalistischen Diskurses dar. Obwohl, auch bezogen auf das BGE, diese Annahme stets zumindest oberflächlich hinterfragt wird, ist durch die Medienanalyse deutlich geworden, dass sie als Wahrheit besteht. Bezogen auf die Alternative, die das BGE propagiert, wird oft von einer gewissen Naivität ausgegangen. Auch wird immer wieder die Frage aufgeworfen, ob Menschen dann immer noch arbeiten würden. Denn die Prämisse ist, dass der Mensch aus Existenzsicherungsgründen heraus arbeitet und wenn ihm diese Sicherung garantiert wird, legt er_sie sich auf die faule Haut bzw. in die soziale Hängematte⁴.

Wer sind die Kritiker_innen?

Bezüglich der Kritik, die an dem Konzept des BGE geübt wird, sind im Rahmen der medialen Darstellungen zwei Momente besonders augenscheinlich – wenn die Kritik impliziert passiert und wenn sie durch namhafte Personen der Öffentlichkeit passiert.

Besonders die implizierte Kritik ist hier ein klarer Auswuchs des Diskurses in welchem die Debatte stattfindet. Zahlreiche mediale Erwähnungen bedienen sich Phrasen, wie „Kritiker werden sagen“, „Wer das für aberwitzig hält,...“, etc. Dadurch zeigt sich eine im Grunde existente Skepsis gegenüber dem BGE, da angenommen wird, dass es Kritik bezogen auf die darauf folgenden Themen geben wird und dass es legitim ist, dem Konzept kritisch gegenüber zu stehen. Während auf der anderen Seite nur selten von einer anonymisierten Masse an Befürworter_innen gesprochen wird, wird auf Seiten der Kritiker_innen angenommen, dass es diese gibt und dass diese den oben erwähnten – und in den analysierten Artikeln beschriebenen – Darstellungen des Grundeinkommens ablehnend gegenüber stehen. Markant ist aber auch, welche Kritiker_innen dann dennoch namentlich erwähnt werden. Hierzu ist zu sagen, dass es sich bei den erwähnten Kritiker_innen Großteils um Personen handelt, die in einem

sozialen oder linken Sektor tätig sind. Es wird somit deutlich, dass im Rahmen des Diskurses eine Vorstellung der Wirklichkeit besteht, welche impliziert, dass sozial engagierte Personen und Gruppierungen dem BGE offen gegenüber stehen und dieses befürworten. Umso erwähnenswerter scheint es dann zu sein, wenn sich beispielsweise Gewerkschaften oder Michael Landau, Leiter der Caritas Österreich, gegen das Grundeinkommen aussprechen.

Wer sind die Expert_innen?

Mit der weiter oben erwähnten Frage „Wer spricht?“, kann im Rahmen einer Diskursanalyse relativ klar aufgezeigt werden, welche Positionen und Institutionen prägend und einflussreich innerhalb eines gesellschaftlichen Diskurses sind. In der vorliegenden Untersuchung sind hier Erkenntnisse besonders informatorisch bezogen auf die Frage, wem die Expert_innenrolle zugeschrieben wird. Das sind zum einen IT-Expert_innen, da diesen bezüglich der oben dargestellten Vorstellung zu Automatisierung eine hohe gesellschaftliche Relevanz zugesprochen wird, und zum anderen erfolgreiche Unternehmer_innen. Dieser Umstand ist besonders augenscheinlich und zeigt auf, wie stark die Diskussion um das BGE in den gesamtökonomischen Diskurs eingebettet ist. Erfolgreiche_r Unternehmer_in zu sein – das heißt im Rahmen eines kapitalistischen Diskurses an viel Macht zu verfügen, bedeutet hier eine Legitimation. Die Argumentation funktioniert folglich in dieser Weise: wenn sogar ein erfolgreicher Mensch – innerhalb der Vorstellungswelt des herrschenden Diskurses – dem Konzept des BGE offen gegenübersteht oder dieses sogar einführen möchte, ist es vielleicht sogar mit den Wahrheiten, Gewissheiten und Ordnungen der Ökonomie vereinbar. Um das von Anfang an klarstellend zu sagen, wird in den medialen Erwähnungen zu Beginn auf den Erfolg des_der Expert_in hingewiesen.

Ein abschließend noch besonders markanter Aspekt im Rahmen der Frage, wem die Expert_innenrolle zukommt, ist, dass es sich primär um Männer handelt. Wird der oben erwähnte Umstand beachtet, dass ein Diskurs eine Darstellung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse ist, ist das wenig überraschend. Dennoch ist hier wieder eine deutliche gesellschaftlich angenommene Wahrheit erkennbar – besonders in ökonomischen Fragen besteht eine Diskrepanz zwischen den Geschlechtern in der Legitimation, als Expert_innen Meinungen abzugeben.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Diskussion um das BGE in einem breiteren gesellschaftlichen Diskurs stattfindet. In diesem herrschen stark ausgeprägte Wahrheiten über den Menschen im Rahmen eines sozialen Systems, kapitalistische Werte und Legitimationen vor, welche ein BGE utopisch erscheinen lassen.

*Pia Rafelsberger hat
Kultur- und Sozialanthropologie
an der Universität Wien studiert*

Literaturverzeichnis:

¹Vgl. Michel Foucault (1981). Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main.

²Vgl. ebd.; vgl. Michel Foucault (1991). Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt am Main.

³Österreichische Webanalyse: ÖWA Plus 2016-IV; namentlich: ORF.at NETWORK, styria digital one Dachangebot, derstandard.at NETWORK, krone.at, oe24-NETZWERK, heute.at, KURIER ONLINE – Medien;

⁴Vgl. u.a. oe1.orf.at, 09.05.2017

Löhne oder Profite

Was generiert Wachstum?

Die im wissenschaftlichen Raum bekannte „wage-led versus profit-led“-Debatte – zu deutsch: „lohn- versus profitgetriebene Volkswirtschaft“ – stellt die funktionelle Einkommensverteilung in den Mittelpunkt ihrer Beobachtung. Die Frage lautet: Was ist für das Wachstum eines Landes und dessen Investitionen mehr förderlich? Ist es das Steigen der Lohnquote oder das der Profitquote?

Von **Fabio Ascione und Christoph Prenner**

Zuerst müssen wir eine Begriffsklärung vornehmen. Man nehme das gesamtwirtschaftliche Einkommen einer Volkswirtschaft und unterteile es in Lohnneinkommen, ArbeitnehmerInnenentgelte und Profiteinkommen, z.B. Dividenden oder Gewinne aus Immobilien. Geteilt durch das gesamte Volkseinkommen ergeben jene Einkommen Quoten, die in Prozent ausgedrückt werden. Eine Lohnquote von 60% und eine Profitquote von 40% summieren beispielsweise gemeinsam auf 100%.

Michael Kalecki fand 1954 heraus, dass eine Veränderung dieses Verhältnisses zugunsten der Löhne zu einem Netto-Anstieg der Investitionen führt und zu Wachstum der Volkswirtschaft. Doch wie funktioniert dieser Kanal? Hier ein einfaches Beispiel:

Man stelle sich vor, ein Kassierer namens Christoph erhält eine Lohnerhöhung von €10, allerdings steigen auch seine allgemeinen Lebenshaltungskosten und somit bleiben ihm abzüglich der Inflation €6 mehr im Geldbörsel übrig, eine Realloohnerhöhung. Davon wird kaum etwas gespart, sondern so gut wie alles ausgegeben. Eine hohe Konsumneigung niedrig verdienender ArbeitnehmerInnen gilt als theoretisch und empirisch evident. Christoph geht zweimal monatlich mit seinen KollegInnen in einem netten Café eine Melange trinken. Aufgrund der Vorliebe zu Mehlspeisen und des zusätzlichen Einkommens bestellen sich nun alle je ein Stück Kuchen dazu, die Nachfrage steigt an und führt zu zusätzlichem Konsum. Die Café-Besitzerin ist überrascht und bemerkt, dass sie mehr Kuchen zubereiten muss, besorgt einen automatischen Mixer für ihren Konditor und tätigt damit eine Investition. Auf einem aggregierten Level, also wenn es in vielen Branchen zu einem Anstieg der Reallöhne kommt, steigen somit die gesamtwirtschaftlichen Investitionen. Das passiert aber nur solange die zusätzlich entstandene Nachfrage für die UnternehmerInnen bei konstantem Produktivitätsniveau die gestiegenen Löhne ausgleichen kann. Das bedeutet: Ab einem gewissen Lohnquotenzuwachs kann es dazu führen, dass es zu einem erdrücken der Profite der Unternehmen kommt, einem sogenannten „profit-squeeze“. Wenn dieser Punkt erreicht ist, dann erhöhen die Unternehmen ihre Preise, um weiterhin rentabel zu wirtschaften, und zwar soweit, dass die Lebenshaltungskosten stärker als die Lohnerhöhung ansteigen: Es kommt zu einem Reallohnrückgang. Die Lohnquote sinkt, die Nachfrage geht zurück und folglich die Investitionen und das Wachstum, solange bis dieser Zyklus von neuem startet. Ein anderes mögliches Szenario wäre, dass die Volkswirtschaft bereits zu lange über ihrem potentiellen Output liegt und aufgrund einer Überhitzung der Wirtschaft die Überauslastung durch einen Rückgang der Lohnquote gedämpft wird.

Eine Ökonomie kann aber auch eine gegenteilige Struktur aufweisen, in der Investitionen durch eine steigende Profitquote getrieben werden, wie Bhaduri und Marglin in den 90ern zeigten. Erneut das Beispiel von vorhin. Christophs Reallohn steigt nicht, allerdings

benötigt er viele der Produkte des täglichen Bedarfs trotzdem. Um den realen Lohnverlust auszugleichen, verkürzt er seinen Sommerurlaub oder spart weniger. Die Besitzerin des Supermarkts, indem er arbeitet, freut sich, da ihr Umsatz aufgrund konstanter Preise unverändert bleibt oder sogar die Preise und der Umsatz steigen. Relativ dazu sinken die von ihr zu zahlenden Löhne. Aufgrund der steigenden Profite entscheidet sich die Unternehmerin dazu, ihren Supermarkt um eine Abteilung zu vergrößern und tätigt damit eine Investition. Ein anderer Grund für ein Anwachsen der Verkaufszahlen könnte auch sein, dass KonsumentInnen aus dem Ausland auf die günstigeren Preise aufmerksam geworden sind und jetzt auch in jenem Supermarkt einkaufen gehen, was einen einen steigenden Export bedeutet. Dies kann natürlich nur der Fall sein, wenn im Ausland die Reallöhne nicht in demselben Ausmaß sinken, die Produktpreise somit real gesehen für ausländische KonsumentInnen günstiger werden. Auf einem gesamtwirtschaftlich aggregierten Level führen die zunehmenden Profite zu einer höheren Profitquote. Dies funktioniert nur soweit bis ein möglicher Nachfrageeinbruch und der dadurch entstehende Konsumrückgang wegen der sinkenden Reallöhne nicht mehr die Gewinnzuwächse übersteigt. Vice versa zum lohngetriebenen Fall zu verstehen, kann es ab einem gewissen Niveau der Profitquote zu einem sogenannten „wage-squeeze“ kommen bzw. einer Überauslastung der Wirtschaft. Oder im Falle des Exports: Wenn im Ausland die Reallöhne gleichermaßen sinken wie im Inland, kann deshalb keine zusätzliche Wettbewerbsfähigkeit generiert werden.

Empirische Untersuchungen für einzelne Volkswirtschaften

Insbesondere nach der Publikation des neo-kaleckianischen Modells von Bhaduri und Marglin (1990), von dem sowohl profit- als auch lohngetriebene Nachfrageregime resultieren können, versuchten zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten die Effekte einer Umverteilung von Profiten zu Löhnen auf die aggregierte Nachfrage ökonomisch zu messen. Aufgrund des verstärkten internationalen Handels wird empirisch erwartet, dass kleine offene Volkswirtschaften aufgrund ihrer starken Außenhandelsverflechtungen profitgetrieben und Volkswirtschaften mit einem großen Binnenmarkt lohngetrieben sind. Während nämlich einzelne exportorientierte Länder durch eine Lohnzurückhaltung die Wettbewerbsfähigkeit ihrer exportierten Güter steigern können, kann das die Welt als Ganzes nicht.

Gemäß der Theorie und den empirischen Erwartungen zählt Österreich, genauso wie andere kleine offene Volkswirtschaften, etwa die Niederlande oder Irland, als profitgetriebenes Nachfrageregime. Eine Moderation der Löhne könne somit für positive Wachstumsdynamiken sorgen, da bei gegebener Auslandsnachfrage die Exporte signifikant gesteigert werden können. Betrachtet man hingegen den gesamten Euro-Raum, einen Prototypen für eine große, geschlossene Volkswirtschaft, ist der Effekt niedrigerer Lohnkosten auf die Gesamtnachfrage schwach, da die Effekte auf den Konsum deutlich stärker ausfallen

als jene auf den Außenhandel. De facto ist der Anteil der Nettoexporte am europäischen BIP zu klein, um den negativen Effekt auf den Binnenmarkt über preisliche Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt wieder wett zu machen. Demzufolge, und den empirischen Ergebnissen entsprechend, ist die Europäische Union als Ganzes klar lohngetrieben, und eine funktionale Einkommensumverteilung von Profiten zu Löhnen kann wachstumssteigernd wirken. Laut einer Studie von Stockhammer (2007) führt eine 1-prozentige Steigerung der Lohnquote innerhalb der EU ceteris paribus zu einer Nachfrageerhöhung von mindestens 0.2%, mit kleineren Abweichungen je nach ökonomischer Schätzmethode.

Was passierte mit der Lohnquote in der EU?

Obwohl der Euro-Raum eindeutig lohngetrieben ist, erfuhr dessen Lohnquote seit den 1980er Jahren einen deutlichen Einbruch. Das bedeutet, dass die funktionale Einkommensungleichheit in den letzten Jahrzehnten zu Gunsten der Profitquote deutlich angestiegen ist. Die Gründe dafür sind mannigfaltig und liegen nicht nur am technologischen Wandel. Zum einen hat die neoliberale Politik Anfang der 80er Jahre unter dem Paradigma „New Public Management“ in fast allen Industrieländern zur Privatisierung und Liberalisierung von strategisch wichtigen Sektoren geführt. Dabei kam es zu einer schwindenden Verhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen, weil der Faktor Kapital stets mobiler ist und von den Liberalisierungsmechanismen am meisten profitierte (Stockhammer, 2008). Die zunehmende Finanzialisierung und Globalisierung unterstützten diese Entwicklung und hatten signifikante Verteilungseffekte (Guschanski & Onaran, 2016). Zum anderen gab es auch seitens der EU-Institutionen keine klare Politik, die die Stärkung der ArbeitnehmerInnenposition zum Ziel hatte. Dies liegt einerseits daran, dass die Lohnpolitik noch in die nationale Kompetenz der Mitgliedsstaaten fällt und andererseits daran, dass Lohnzurückhaltung und die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte als Instrumente für mehr Beschäftigungswachstum in zahlreichen Positionspapieren empfohlen wurden. Die suggerierten Lohnkürzungen im Rahmen des Troika-Rettungsprogramms für Griechenland exemplifizieren beispielsweise, dass das Verfolgen von wettbewerbsorientierter Lohnpolitik weiter als Lösung anstatt als Teil des Problems gesehen wird (Georgiopoulos, 2012).

Politische Implikationen für die Lohnpolitik in der EU

Das Faktum, dass die Europäische Union als Ganzes lohngetrieben ist und eine Erhöhung der Lohnquote nicht nur die funktionale Einkommensungleichheit verringern, sondern auch für mehr Wachstum sorgen könnte, hat weitreichende wirtschaftspolitische Implikationen. Die wohl wichtigste ist, dass sich die einzelnen Mitgliedsstaaten in einer Art Gefangenendilemma befinden und nationale Reallohnkürzungen in einzelnen EU-Ländern zwar kurzfristig wachstumsfördernd, auf EU-Ebene jedoch kontraproduktiv wirken. Der Grund dafür ist trivial: Die wichtigsten Handelspartner der EU-Länder sind andere EU-Länder. Wenn alle EU-Länder Lohnmoderation betreiben, das heißt wenn es zu einer Art Lohnsenkungswettbewerb kommt, überwiegt der negative Effekt des Binnenmarktes und die Gesamtnachfrage sinkt. Die bisher praktizierten Politiken und Entwicklungen stehen also diametral den theoretischen und empirischen Implikationen gegenüber.

Wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen, die konkret darauf abzielen die funktionale Einkommensungleichheit zu bekämpfen, be-

inhalten unter anderem Mindestlöhne in Verbindung mit Reformen hinsichtlich der Stärkung der ArbeiterInnengewerkschaften und der Kollektivverhandlungen. Zudem werden die Rufe nach einer Lohnkoordination auf der Makro-Ebene stets lauter. Ein immer prominenter werdendes Beispiel für die Koordination von Löhnen auf europäischer Ebene ist ein europaweiter Mindestlohn. Dieser könnte als „Basis“ für ein nachhaltiges lohngetriebenes Wachstumsmodell in der Union dienen. Da Mindestlöhne nicht nur das (nationale) Lohnniveau und somit dessen Verteilungsgrad beeinflussen, sondern auch als Signale für Tarifverhandlungen gelten, könnte eine verbindliche Lohnuntergrenze für alle EU Mitgliedsstaaten die funktionale Einkommensungleichheit drastisch verringern.

Bei den bisherigen Vorschlägen handelt es sich nicht um einen EU-weiten flächendeckenden Mindestlohn, zumal die institutionellen, politischen und ökonomischen Divergenzen zwischen den Mitgliedsstaaten noch zu groß sind. Vielmehr geht es um das Schaffen einer generellen Grundlage, wie in etwa einen Mindestlohn von 60% des länderspezifischen Medianeinkommens (siehe Fernández-Macias & Vacas-Soriano, 2013), welcher vom Europäischen Rat als „fairer Lohn“ bezeichnet wird. Bei der Umsetzung derartiger Reformen obliege den Mitgliedsstaaten, ganz im Sinne der Offenen Methode der Koordinierung, die endgültige Einführung der von den europäischen Institutionen vorgeschlagenen Standards. Ein Eingriff in die Lohnpolitik solcherart wäre natürlich nur ein erster Ansatz, um lohngetriebenes Wachstum in der EU zu fördern, da ein umfassender „Policy Mix“ rund um Regulierungsreformen hinsichtlich Finanzdienstleistungen (z.B. Finanztransaktionssteuern) aber auch allgemeinen Arbeitsmarktreformen notwendig ist, um die funktionale Einkommensungleichheit ernsthaft zu reduzieren.

*Christoph Prenner und Fabio Ascione
studieren beide VWL im Master an der WU*

Literatur:

- Bhaduri, A. & Marglin, S. (1990). Unemployment and the real wage: the economic basis for contesting political ideologies. *Cambridge Journal of Economics*, 14(4), 375–393.
- Fernández-Macias, E., & Vacas-Soriano, C. (2013). A Coordinated EU Minimum Wage Policy? Dublin: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions.
- Georgiopoulos, G. (2012, Februar 28). Greece cuts minimum wage as austerity drive begins. Heruntergeladen am 26. Mai, 2017, von reuters.com: <http://www.reuters.com/article/us-greece-idUSTRE81R1KR20120228>
- Guschanski, A. & Onaran, Ö. (2016): Why did the wage share fall? Industry level evidence from Austria. In: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Arbeiterkammer Wien, 42. Jahrgang (2016), Heft 4, 557–589.
- Kalecki, M. (1954). *Theory of economic dynamics: an essay on cyclical and long-run changes in capitalist economy*:(2. impr.) George Allen & Unwin.
- OECD (2015). *Income Inequality and Labor Income share in G20 countries: Trends, Impacts and Causes*. Prepared for the G20 Labour and Employment Ministers Meeting and Joint Meeting with the G20 Finance Ministers, Ankara, Turkey.
- Stockhammer, E. (2008): Wage Flexibility or Wage Coordination? Economic Policy Implications of the Wage led Demand Regime in the Euro Area. Political Economic Research Institute, Working Paper No. 160, Amherst, MA, University of Massachusetts.
- Stockhammer, E. (2007). Funktionale Einkommensverteilung und aggregierte Nachfrage im Euroraum. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 33. Jahrgang (2007) Heft 2, AK-Wien.

Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes

John Maynard Keynes | Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes | Duncker & Humboldt Verlag | 9. Auflage (2002) | 26,99 Euro | rezensiert von **Klara Lehner**

"The difficulty lies, not in the new ideas, but in escaping from the old ones" (J.M. Keynes, 1936)

John Maynard Keynes zählt zu den bedeutendsten Ökonom_innen des 20. Jahrhunderts. Mit seinen Thesen lieferte er den Grundstein für weltweit angewandte Wirtschaftspolitiken. Als Sohn des Ökonomen John Neville Keynes wurde er 1883 in Cambridge (GB) geboren. Er studierte Philosophie, Geschichte, Mathematik und Ökonomie am King's College in Cambridge. 1911 wurde er zum Herausgeber des Economic Journal ernannt, der damals führenden Wirtschaftszeitung Großbritanniens. Diese Funktion behielt er bis 1945 bei. 1936 veröffentlichte er sein Hauptwerk, „The General Theory of Employment, Interest and Money“. 1946 verstarb er im Alter von 62 Jahren und wurde in der Westminster Abbey beigesetzt.

Seine „Allgemeine Theorie“ richtet sich in erster Linie gegen die Postulate der (neo)klassischen Wirtschaftswissenschaft, wie etwa das Say'sche Theorem, demzufolge jedes Angebot automatisch genügend Nachfrage erzeugt. Dagegen betont Keynes, dass die Auslöserin von konjunkturellen Einbrüchen und damit einhergehender Arbeitslosigkeit eine zu geringe Nachfrage nach Gütern – vor allem nach Investitionsgütern – ist. Diese wiederum ist in erster Linie abhängig von den Gewinnaussichten bzw. Erwartungen der Unternehmer_innen, die ausschließlich genau die Zahl an Arbeiternehmer_innen einstellen, die sie für die Herstellung ihrer Gütermengen brauchen. Wenn die erwartete Nachfrage nun sinkt, wird weniger produziert und die Zahl der Arbeitslosen nimmt zu. In der Folge verringern sich die Einkommen, was zum Einsetzen eines negativen spiralförmigen Prozesses führt: Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage befindet sich durch das geringe Einkommen auf niedrigem Niveau, während die Arbeitslosigkeit weiter steigt.

Einen Ausweg aus dieser Abwärtsspirale sieht Keynes nur in einer Erhöhung der Investitionsgüternachfrage, die Arbeitsplätze schafft und damit die Einkommen erhöht, was letztlich wiederum die Nachfrage nach Konsumgütern steigen lässt. Die Folge sind weitere Investitionen; die Dynamik der gesamten Wirtschaft kann wieder an Fahrt aufnehmen. Allerdings hängt die Neigung der Unternehmer_innen zu investieren in erster Linie vom erwarteten Zinssatz ab. Ist dieser hoch, wird die Tendenz zu investieren eher sinken, was wiederum zu negativen Auswirkungen auf die konjunkturelle Situation führt. Ist er hingegen niedrig, steigen die Erwartungen der Unternehmer_innen auf Gewinne wieder und damit deren Anreize zu investieren.

An diesem Punkt ist Keynes zufolge der Staat gefragt, indem er dafür Sorge trägt die fehlende private Nachfrage durch eine staatliche

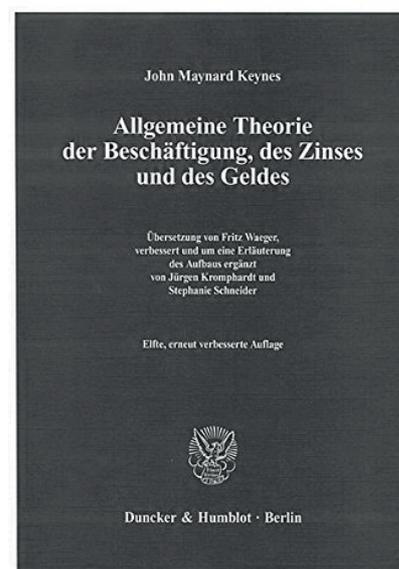
zu kompensieren. Dies tut er entweder direkt, indem er seine Ausgaben erhöht und beispielsweise verstärkt öffentliche Aufträge für den Ausbau der Infrastruktur oder das Renovieren öffentlicher Gebäude vergibt. Oder indirekt, indem er durch Steuervergünstigungen Investitionsanreize bietet. Infolgedessen werden neue Arbeitsplätze geschaffen und die Einkommen der privaten Haushalte erhöht, die dementsprechend mehr Konsumgüter nachfragen und wiederum die Grundlage für neue Investitionen darstellen. Damit würde die Wirtschaft wieder belebt und aus dem konjunkturellen Tief herausgeholt werden.

Zusammengefasst: Im Abschwung soll der Staat die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch erhöhte Ausgaben beleben, notfalls auch unter Aufnahme neuer Schulden. Dagegen soll er in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität auf Sparmaßnahmen setzen, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage drosseln und dadurch seine Schulden reduzieren, beispielsweise durch Steuererhöhungen.

Keynes' Theorie bildete den Grundstein der antizyklischen Wirtschaftspolitik, die in den 1960er und 1970er Jahren als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre vor allem in Deutschland und den USA angewendet wurde. Auch heute noch sorgt die „General Theory“ reichlich für Diskussionsstoff. Kernpunkt ist die Frage, wie viel der Staat tun kann und vor allem soll. Gerade neoliberale Wirtschaftskonzepte lehnen einen aktiven, regulierenden Staat ab, der die Entfaltung der freien Kräfte des Marktes ver- und behindert. Insofern hat dieses bald 100 Jahre alte, 350 Seiten starke Werk nichts an Aktualität verloren, wenn es auch aufgrund seiner Komplexität und Dichte keine leichte Abendlektüre darstellt.

Will man das Buch auf deutsch lesen, empfiehlt sich in jedem Fall die neueste Auflage, da sich die Übersetzungen stark von Ausgabe zu Ausgabe unterscheiden. Verglichen mit dem Original sind einige Übersetzungen sogar etwas irreführend. Das erspart man sich natürlich mit der englischsprachigen Version.

*Klara Lehner studiert
Sozioökonomie an der WU*



Konzernmacht brechen!

Macht, und Konzernmacht im Allgemeinen, ist ein vielfach vernachlässigter Aspekt der Ökonomie. Der Attac-Sammelband „Konzernmacht brechen!“ befasst sich mit der Art und Weise, wie dieser Aspekt Einfluss auf Wirtschaft und Gesellschaft nimmt, und zeigt auch Wege zu dessen Überwindung auf. Eine Rezension von **Corinna Dengler**

Was haben TTIP, die Finanztransaktionssteuer und COP21 gemeinsam? Die Ausgestaltung hängt maßgeblich von der politischen Macht der Konzerne ab. Dennoch ist Macht ein Faktor, der im ökonomischen Mainstream nur zu gern ausgeblendet wird. Carla Weinzierl, Franziskus Forster und Julianne Fehlinger schreiben hierzu: „Macht wähnt sich gerne unsichtbar – wenn sie nicht sichtbar ist oder nicht sichtbar gemacht wird, kann sie sich umso besser entfalten“. An ebendiesem Punkt setzt der Attac-Sammelband „Konzernmacht brechen! – Von der Herrschaft des Kapitals zum Guten Leben für Alle“ an: Machtstrukturen, die in der Ökonomie oft totgeschwiegen werden, sollen aufgedeckt und Ansatzpunkte für Widerstand aufgezeigt werden.

Die Beiträge im Sammelband befassen sich mit verschiedenen Facetten der Konzernmacht: Das Weltwirtschaftsforum in Davos und der Round Table of Industrialists werden als Lobbyismus-Hotspots vorgestellt, wo hinter verschlossenen Türen unsere Zukunft ausgehandelt wird. In der Vorbereitung der TTIP Verhandlungen fanden 92% der Lobbykontakte der Europäischen Kommission mit Lobbyist*innen aus dem privaten Sektor und nur 4% mit Vertreter*innen öffentlicher Interessen statt. Das Agrobusiness, das sich „we feed the world“ auf die Fahnen schreibt, obwohl es doch eigentlich nur die kaufkräftigen Nachfrager*innen füttert, fördert die zunehmende Konzentration im Saatgut-, Pestizid- und Düngemittelmarkt. Und die Erdölindustrie hat es geschafft, dass die Wörter Erdöl und fossile Brennstoffe im Klimavertrag von Paris nicht einmal erwähnt werden. Schon beim ersten Hineinlesen in den Sammelband wird die Kernbotschaft deutlich: Politische Macht der Konzerne wird zwar selten explizit gemacht, ist aber dennoch omnipräsent.

Aber was ist nun eigentlich die Macht der Konzerne? Diese Frage zieht sich wie ein roter Faden durch den Sammelband. In seinem Beitrag „Politik im Würgegriff der Finanzmärkte“ unterscheidet Manolis Kalaitzake zwischen drei Arten von Macht, die Konzerne innehaben: Zum einen wäre das die instrumentelle Macht, die durch offizielle politische Betätigungen von Finanzmarktakteur*innen entsteht. Ein Beispiel, das an mehreren Stellen des Buches diskutiert wird, ist der sogenannte Drehtüreffekt, also das nahtlose Hin- und Herwechseln von Führungspersönlichkeiten zwischen Finanzindustrie und Politik. Des Weiteren wird ideologische Macht durch einen – auch nach der Krise ungebrochenen – neoliberalen Konsens der Eliten in Wirtschaft und Politik identifiziert. In ihrem Artikel „Macht der Konzerne in Österreich“ schreibt Elisabeth Klatzer, dass durch die Finanzierung vieler kleiner (statt eines großen) Think Tanks „Vielfalt vorgetäuscht [wird], wo ideologischer Einheitsbrei vorherrscht“. Strukturelle Macht schließlich wird durch direkte Einflussnahme der Finanzindustrie auf die Politik und andere Wirtschaftsbereiche, z.B. über die Androhung der Kapitalflucht, ausgeübt. Ein differenzierter Machtbegriff ist gemäß der Autor*innen nötig, um individuelle Handlungsspielräume aufzuzeigen, denn die „effektivste Form, die Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten, war und ist immer, wenn die Menschen selbst daran glauben, dass sie keine Macht haben“.

Um eben diese Handlungsspielräume geht es im letzten Teil des Buches: Nach einer Analyse der bestehenden Verhältnisse geht es konkret darum, wie Konzernmacht überwunden werden kann. Hierzu wird eine fünfstufige Handlungsanleitung gegeben: Nachdem man – erstens – gemerkt hat, dass es so nicht weitergehen kann, gilt

es – zweitens – Alternativen aufzubauen. Das kann von Food Coops und Open Source-Bewegungen hin zu einer größeren Transformation in Richtung einer gemeinwohlorientierten Finanzwirtschaft und Ernährungssouveränität gehen. Allerdings ist Vorsicht geboten: Vermeintliche Alternativen wie Airbnb oder Uber, ja eigentlich das gesamte Konzept der „Sharing Economy“, werden nur zu schnell von einer kapitalistischen Logik vereinnahmt. Des Weiteren gilt es die Profitlogik in zentralen Sektoren wie Wasser, Wohnen und Gesundheit zurück zu drängen und in die öffentliche Hand zu bringen. Hierbei ist anzumerken, dass die Rolle des Staates im Beitrag „Der Staat ist tot! Lang lebe der Staat“ von Daniel Chavez als ambivalent dargestellt wird: Staatliche Unternehmen sind nicht automatisch gut (oder schlecht), vielmehr muss man genauer betrachten, welchen gesellschaftlichen Interessen dadurch gedient wird. Ein vierter wichtiger Punkt ist, Rechte festzuschreiben, so dass z.B. heimische Konzerne für Menschenrechtsverletzungen im Ausland sanktioniert werden können. Zu guter Letzt ist es ganz zentral, Demokratie zu vertiefen, um endlich wieder von einer (wie Angela Merkel es nennt) „marktkonformen“ zu einer echten Demokratie zu kommen. Verschiedene Transformationspfade, die in ihrem Kern alle die Veränderung bestehender Machtstrukturen und mehr Demokratie und Selbstbestimmung anstreben, sollen uns helfen die Macht der Konzerne zu überwinden.

Der Sammelband „Konzernmacht brechen! Von der Herrschaft des Kapitals zum Guten Leben für Alle“ ist ein Buch, das viele gut recherchierte, spannende und oft schockierende Einblicke in das oft totgeschwiegene Thema des Lobbyismus gibt. Der regionale Fokus liegt zumeist auf Europa, wobei vor allem in den Beiträgen zum Agrobusiness, der Klimakrise und Staatlichkeit auch außereuropäische Bezüge genommen werden. Obwohl in den einzelnen Artikeln oft schon Alternativen aufgegriffen werden (so wird z.B. dem Agrobusiness das Konzept der Ernährungssouveränität gegenübergestellt), hätte den sogenannten „Transformationspfaden zu einem Guten Leben für Alle“ ein größerer Teil des Buches als nur das letzte Kapitel gewidmet werden können. Dennoch schafft es dieses Kapitel des Autor*innenkollektivs seinen Lesenden durch viele Schlaglichter und das Aufzeigen von Handlungsspielräumen zu motivieren. Schon vor dem abschließenden Zitat von Arundhati Roy, der 2003 beim Weltsozialforum in Porto Alegre, Brasilien, sagte „Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist schon im Entstehen. An einem ruhigen Tag kann ich sie atmen hören“, hat man das Gefühl, etwas tun zu wollen. Denn wann, wenn nicht jetzt und wer, wenn nicht wir?

Corinna Dengler hat VWL und SEEP an der WU studiert

Attac (Hrsg.) | Von der Herrschaft des Kapitals zum Guten Leben für Alle | Mandelbaum kritik & utopie Wien 2016 | 280 Seiten | 15,00 Euro



Medienkonzentration

Die Messung medialer Unabhängigkeit

Nimmt die Medienkonzentration tatsächlich zu, und gefährdet ein damit einhergehender Vertrauensverlust in die vierte Macht im Staat die Demokratie? Der Versuch einer medienökonomischen Analyse am Beispiel des österreichischen Tageszeitungsmarktes. Von **Maximilian Propst**

„Whoever controls the media, controls the mind.“, soll der 1971 verstorbene The Doors-Frontmann Jim Morrison einmal gesagt haben. Tatsächlich stellt sich die Frage, wer hinter einem Artikel oder einem Medium als Ganzes steht spätestens seit der Etablierung der sozialen Netzwerke in diesem Informationssystem immer öfter. Einerseits bieten Facebook, Twitter und Co. eine unglaublich einfache Möglichkeit, die eigene Meinung einem größeren Publikum zu präsentieren. Andererseits haben die nationalen und internationalen Oligopolisierungstendenzen vor den verschiedenen Medien- und Nachrichtenkanälen nicht halt gemacht.

Der Media Ownership and Concentration Diversity Index

Medienökonomische Analysen erscheinen aufgrund der Tatsache, dass eine Mehrheit der größeren Unternehmen auf mehreren Informationskanälen agieren, oftmals schwierig. Eli Noam von der Columbia Business School veröffentlichte mit zahlreichen Co-Autorinnen und Co-Autoren 2015 den knapp 1400 Seiten fassenden Wälzer „Media concentration: Who owns the world's media?“, in dem infür insgesamt 29 Industrienationen Länderstudien zu dieser Frage angefertigt wurden. Dafür wurden diverse Konzentrationsindizes für die unterschiedlichen Mediensektoren, von Radio, Film, Fernsehen, Büchern und Magazinen bis hin zu Suchmaschinen und eben Tageszeitungen berechnet. Das Hauptaugenmerk lag dabei auf dem Konzentrationsmaß HHI (Herfindahl-Hirschman-Index) und auf dessen Weiterentwicklung, dem MOCDI (Media Ownership and Concentration Diversity Index) bzw. Noam-Index. Zur Berechnung wurden erst für den HHI die quadrierten Marktanteile aufsummiert und anschließend zur besseren Interpretation mit 10.000 multipliziert. Die Europäische Kommission, die den HHI vor allem in Fragen von Unternehmensfusionen verwendet, definiert einen Markt mit einem HHI unter 1000 als niedrig konzentriert, liegt der Wert zwischen 1000

und 2000 bedarf es einer Kontrolle der Unternehmensfusion, bei Werten über 2000 ist der Markt bereits zu hoch konzentriert. Die Frage der Diversität in der Medienlandschaft war damit jedoch noch nicht geklärt, deswegen wurde für den Noam-Index der HHI insofern modifiziert, als dass durch so genannte „Voices“ dividiert wurde. Diese sind, definiert als die Quadratwurzel aus der Anzahl an Medienhäusern mit einem Marktanteil von über einem Prozent, dividiert wurde. Es wurde damit argumentiert, dass eine höhere Zahl an kleinen Medienhäusern eher dem Ziel der pluralen Berichterstattung entspricht, als etwas weniger, dafür mittelgroße Unternehmen. Dieser Unterschied würde im HHI nicht ausreichend gezeigt werden können. (Noam 2015: 22-23).

$$MOCDI = \frac{HHI}{V} = \frac{\sum_i^n \text{quadrierte Marktanteile}}{\sqrt{\text{Anzahl der Unternehmen mit MA} > 1\%}}$$

Tageszeitungen in Europa

Im Allgemeinen waren Medienmärkte bereits ziemlich konzentriert., Noam konnte vor allem bei Suchmaschinen eine Verschärfung dieser Konzentration beobachten, während sie beispielsweise im Fernsehen oder auch bei reinen Online-News abnahm. (Noam 2015: 1311-1312). Tageszeitungen erlebten im globalen Vergleich einen Zuwachs, innerhalb der europäischen Länder gab es jedoch erwähnenswerte Unterschiede. Als Einheit für die Berechnung des Marktanteils wurde bei Tageszeitungen die Druckauflage herangezogen, da bei Umsatzzahlen Vergleiche zwischen Kauf- und Gratiszeitungen schwieriger erscheinen würden. Im je nach Datenverfügbarkeit beobachteten Zeitraum (zumeist 2000/04-2012/13) waren bzw. sind die Märkte der Tageszeitungen in Russland und der Türkei, aber auch in Portugal und Irland besonders konzentriert. Die meisten mitteleuropäischen Länder befinden sich ungefähr an der Grenze zu einem konzentrierten Markt, wobei die Konzentration in größeren Staaten wie Frankreich oder Großbritannien abnahm. Einen starken Anstieg

der Konzentration erlebten vor allem Schweden und die Schweiz, während die Niederlande oder Spanien nach wie vor eine niedrige Konzentration aufweisen. In Deutschland hat die Axel-Springer AG, die die Bild, die Welt und zahlreiche Lokalzeitungen herausgibt, eine zentrale Marktmacht inne, diese wird jedoch durch zahlreiche kleinere überregionale, jedoch nicht bundesweit agierende Verlagshäuser wie die Süddeutsche Zeitung, die Westdeutsche Zeitung der FUNKE-Gruppe, die Frankfurter Allgemeine oder die Stuttgarter Zeitung begrenzt. Damit liegt das Land im unteren Mittelfeld des europäischen Vergleichs (Noam 2015: 1043).

Sonderfall Österreich

Österreich wurde in dieser Studie nicht berücksichtigt. Das könnte womöglich daran liegen, dass der österreichische Zeitungsmarkt mit einigen Besonderheiten aufweist. Zum einen verfügte die Kronen Zeitung über lange Zeit über eine der höchsten Reichweiten der Welt, gemessen an der jeweiligen Einwohnerzahl. 2009 lag sie laut der Medien-Analyse der VMA bei 40,4%, 2016 betrug sie immer noch 30,5%. Zum anderen sind in den österreichischen Bundesländern die jeweiligen Tageszeitungen ebenfalls ungewöhnlich tief verankert. Die Kleine Zeitung erreichte 2016 in der Steiermark und in Kärnten circa. 52% an Reichweite, die Tiroler Tageszeitung kam in Tirol auf 44,1%, die Salzburger Nachrichten im gleichnamigen Bundesland auf 36,2% und die Oberösterreichischen Nachrichten auf 27,3% in ihrem Kerngebiet. Das führt dazu, dass bei der Berechnung des Noam-Index die Zahl der Voices unverhältnismäßig groß wird, da die hohe Konzentration in einem Bundesland auf Österreich umgelegt immer noch einen Marktanteil von über 1% bedeutet. Der Russmedia-Konzern, der mit seinen Ausgaben der Vorarlberger Nachrichten und der Neuen Vorarlberger Tageszeitung eine Reichweite von 48,1% bzw. 11,8% in Vorarlberg erreicht, bestimmt beispielsweise mit insgesamt knapp 73.300

Stück Druckauflagen immer noch 2,4% des gesamt-österreichischen Marktes. Zum Vergleich: Der Standard kommt mit 85.300 Druckauflagen österreichweit auf 2,8%. Dominiert wird das Geschäft jedoch im Allgemeinen von vier großen Medienkonzernen. Mediaprint (Marktanteil: 33,2%), zu dem die Krone und der Kurier gehören gezählt werden, die 2008 gegründete Heute-Gruppe (Marktanteil: 20,0%), die Fellner-Mediengruppe (Marktanteil: 18,9%) mit der Tageszeitung Österreich und der Styria-Verlag (Marktanteil: 12,3%), der die Kleine Zeitung und die Presse herausgibt, machten 2016 insgesamt 84,4% des österreichischen Ausflagabenvolumens an Tageszeitungen aus. Die Daten stammen von der österreichischen Auflagenkontrolle.

Betrachtet man die Entwicklung der letzten 12 Jahre, so zeigt sich, dass der Mediaprint-Konzern seit den Eintritten der Fellner-Mediengruppe und der Heute-Gruppe an Marktanteilen verloren hat. Der Styria-Verlag verlor von 2004 bis 2016 ebenso an Marktmacht wie die Tageszeitungen der Bundesländer und der Standard. Der HHI fiel bis 2012 von 3747,31 auf 2121,69; der Noam-Index von 1416,35 auf 670,94 Punkte. Damit wäre Österreich 2004 im europäischen Vergleich von Eli Noam in beiden Indizes in der absoluten Spitzengruppe angesiedelt gewesen. 2012 hingegen würde Österreich beim HHI auf dem Niveau von Frankreich, Großbritannien und Italien liegen, beim Noam-Index etwas darunter. Bis 2016 setzte sich dieser Trend fort, der HHI liegt nun bei 2061,86, der Noam-Index bei 652,02.

Faktoren außerhalb der Analyse

So sehr Kennzahlen auch dazu verleiten mögen, schnelle Schlussfolgerungen zu ziehen, müssen auch in diesem Fall weitere nicht in die Berechnung eingeflossene Faktoren erwähnt werden. Dass der Herausgeber der Kronen Zeitung, Christoph Dichand mit der Herausgeberin der Heute, Eva Dichand verheiratet ist, oder, dass Wolfgang Fellner,

der Herausgeber von Österreich ebenfalls Anteile an Mediaprint besitzt, lässt Spielraum für Interpretation und Diskussion. Außerdem organisiert sich die Informationsbeschaffung zunehmend über den Computer- bzw. Smartphone-Bildschirm. Dadurch kommt es zu einer starken Verschiebung der Marktanteile. Darüber hinaus gibt es mit dem ORF einen im internationalen Vergleich sehr starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der laut Generaldirektor Alexander Wrabetz für rund 81% der Österreicherinnen und Österreicher die primäre Informationsquelle darstellt. Immerhin fanden 68% der in diesem Zusammenhang befragten Personen die Berichterstattung sehr bzw. eher glaubwürdig.

*Maximilian Propst
hat VWL an der WU studiert*

Literatur

Noam, E. M. (2015). Who Owns the World's Media?: Media Concentration and Ownership Around the World. Oxford University Press.

European Commission (2004). Guidelines on the assessment of horizontal mergers under the Council Regulation on the control of concentrations between undertakings

[http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:52004XC0205\(02\)](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:52004XC0205(02))

Verein Arbeitsgemeinschaft Media - Analysen (VMA) (2016). Medienanalyse 2016 & Medienanalyse 2009 <http://www.media-analyse.at/p/2>

Österreichische Auflagenkontrolle (ÖAK) (2016). Jahresberichte 2004, 2008, 2009, 2012, 2016 (<https://www.mcloud.de/oeak/index.html>)

<http://derstandard.at/2000018063748/Oesterreichs-groesste-Medienhaeuser-2015-die-STANDARD-Uebersicht>

<http://orf.at/stories/2392702/>

Auch du möchtest eine kritischere VWL?

Dann komm zu unserem Plenum!

Wann? 9.Oktober um 19:00 Uhr
Wo? Oskar-Morgenstern-Platz 1,
Besprechungssaal 01.141



1 Plurale Ökonomik

Hackeln bis 70?

Abhängigkeitsquoten in der Pensionsdebatte

Die steigende Lebenserwartung und das Aufrücken der „Generation Baby-Boom“ ins Pensionsalter stellen die europäischen Pensionssysteme vor eine neue Herausforderung. Mit der Sorge um eine nachhaltige Finanzierung mehren sich darum die politischen Forderungen nach einer Erhöhung des Pensionsantrittsalters. Dabei wird jedoch nicht immer mit den richtigen Kennzahlen argumentiert. Von **Andreas Chmielowski**

Überalterte Gesellschaft

Österreich steht, wie viele Industrienationen, vor dem Problem einer überalterten Bevölkerung. Während europaweit immer mehr Erwerbstätige auf das Pensionsalter zusteuern, kommen in Relation dazu weniger junge nach um diese zu ersetzen. Somit steht einer wachsenden Anzahl von PensionsempfängerInnen eine stagnierende oder gar rückläufige Anzahl an PensionseinzahlerInnen gegenüber. Dies ist im Besonderen an der Sargform der europäischen Bevölkerungsstrukturen sichtbar (siehe Abb. 1): In den nächsten 10 bis 20 Jahren werden unverhältnismäßig mehr Menschen zusätzlich in die Altersgruppe 65+ aufrücken (von 1,6 Mio. heute auf 2,14 Mio. 2030 und 2,64 Mio. bis 2050) (Türk & Wöss, 2011). Man spricht von der „Generation Baby-Boom“, die in Österreich grob alle zwischen 1956 und 1969 Geborenen umfasst (derStandard.at, 2015).

Politische Forderungen

In Anbetracht dieser Entwicklungen stellt sich schon seit einiger Zeit die Frage, ob diejenigen europäischen Pensionssysteme, die auf einem Umlageverfahren beruhen (dazu gehört auch Österreich), überhaupt noch in der bestehenden Form nachhaltig finanzierbar sind. Oftmals wird behauptet, dass diese der steigenden Kostenbelastung nicht gewachsen sind, und deswegen eine Politik zu einer Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters (das durchschnittliche Alter aller Personen, die in einem Jahr begonnen haben Pensionen zu beziehen) notwendig ist. In dem Zusammenhang wird argumentiert, ein allzu hoher Bedarf an Zuschüssen aus Budgetmitteln zum Erhalt des bestehenden Antrittsalters würde entweder die staatliche Verschuldung oder den Bedarf an zusätzlichen Steuern heben (Beigewum, 2013).

Auch in Österreich besteht die politische Forderung nach einer Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters, und das, obwohl das im „Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2013–2018“ definierte Ziel für 2018 von 60,1 Jahren laut Sozialministerium bereits 2016 überschritten wurde. Damals war vorgesehen, dass es nur bei Nichterreichung dieses Ziels zu Reformen kommen sollte (Panhözl, 2017).

Demographische und ökonomische Abhängigkeitsquoten

Als Illustration der steigenden Belastung des Systems wird dabei oft die „demografische Abhängigkeitsquote“ hinzugezogen, also das relative Verhältnis der 15- bis 64-Jährigen zu den Über-65-Jährigen (siehe Fig. 1). Für 2010 betrug diese für die EU-27 26% – auf eine Person über 65 kamen somit 3,84 Personen zwischen 15 und 64. Bis 2050 wird nach Demografie-Projektionen der AK Wien auf Basis von Eurostat-Daten ein Anstieg auf 50% prognostiziert – demnach kommen dann auf eine Person über 65 zwei Personen zwischen 15 und 64 (Türk & Wöss, 2014).

So drastisch dieser Anstieg der demografischen Abhängigkeit auch sein mag (er entspricht einer Erhöhung um 92%), so wenig sagt er über die tatsächliche zusätzliche Belastung des Pensionssystems aus.

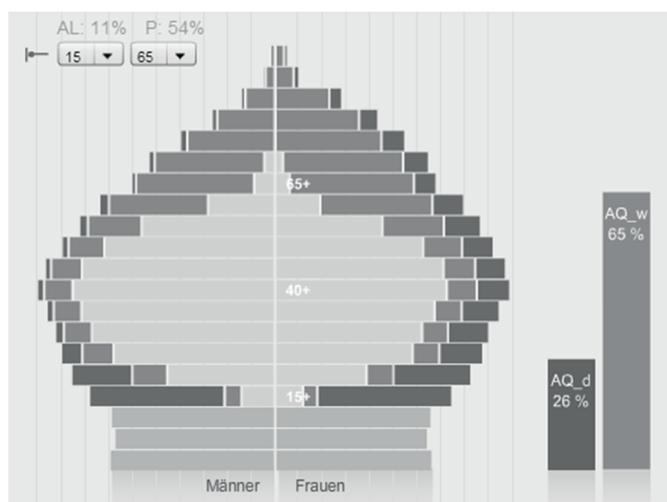


Abbildung 1: Bevölkerungsstruktur der EU-27 im Jahr 2010. Die ökonomische Abhängigkeitsquote beschreibt das Verhältnis der Erwerbstätigen (helle Fläche in der Mitte) zu den PensionistInnen und Erwerbslosen (hellgraue Fläche um die Erwerbstätigen herum). Die dunkelgrauen Flächen ganz außen sind Menschen außerhalb der Erwerbsbevölkerung, also SchülerInnen, Studierende, im Haushalt Tätige etc. **Quelle:** AK Wien, 2013: EU2020 Beschäftigungsziele. 1000 Mrd. Euro stehen auch dem Spiel. In: Wirtschaftspolitik – Standpunkte 01/2013, S. 10.

Denn sie bezieht die ökonomischen Realitäten der Menschen zwischen 15 und 64 nicht ein: Nicht alle sind erwerbstätig, einige sind in Ausbildung, arbeitslos oder arbeiten im Haushalt und zahlen daher nicht ins Pensionssystem ein. Zur Illustration dieses Umstands gibt es eine zweite Kennzahl: Die „ökonomische Abhängigkeitsquote“, definiert als das Verhältnis der Arbeitslosen und Pensionierten (inkl. BezieherInnen von Invalidenpensionen) dividiert durch die Anzahl der Erwerbstätigen. 2010 betrug diese Kennzahl für die EU-27 65% (Abb. 1), für 2050 wird von der AK Wien ein Anstieg auf 80% prognostiziert, in einem High-Employment-Szenario nur auf 73%. Das entspricht einer Veränderung von 23% und 12% – verglichen mit einer Veränderung von 92% bei der demographischen Abhängigkeitsquote (ebd.).

Entwicklung der Pensionskosten

Langfristprognosen lassen einen eher moderaten Anstieg der Pensionskosten erwarten. In Österreich lagen gesamten öffentlichen Ausgaben für Pensionen 2014 bei 14% des BIP, bis 2037 (hier wird aufgrund des Hineinwachsens der „Generation Baby-Boom“ ein Höchststand erwartet) wird ein Ansteigen auf 14,7% prognostiziert. Gründe für das Ausbleiben einer „Kostenexplosion“ sind zum einen die steigende Erwerbsquote (im Zeitraum 2006-2016 stieg sie beispielsweise bei den Männern von 78,9% auf 80,7% und bei den Frauen sogar von 66% auf 71,7%, (Statistik Austria, 2017)), zum anderen der erwartete Rückgang der auszuzahlenden Beamtenpensionen – begründet durch zunehmende Unternehmensausgliederungen aus

dem öffentlichen Dienst sowie den Rückgang pragmatisierter Stellen (Wöss, 2014).

All das unterstreicht die Wichtigkeit einer Politik zur Steigerung der Beschäftigungsquoten, nicht nur bei den Älteren sondern auch in anderen Bevölkerungsgruppen mit niedriger Beschäftigung, um somit auch zukünftig die Einzahlungen in das Pensionssystem sicherzustellen. Schon 2008 hieß es im Demografie-Bericht der Europäischen Kommission:

„Die Anhebung der Beschäftigungsquoten [mit hochwertigen Arbeitsplätzen] ... ist die wirksamste Strategie, mit der sich Länder auf die Alterung der Bevölkerung vorbereiten können“ (Wöss, 2016).

EU-2020-Szenario

Ob sich die bislang bewährten Umlagesysteme bei Pensionen auch weiterhin halten werden, hängt also maßgeblich von der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der betreffenden Staaten ab – und nicht bloß von der Anzahl der über 65-Jährigen relativ zur Gesamtbevölkerung. So zeigen beispielsweise Schätzungen mit Hilfe eines durch die AK Wien entwickelten Abhängigkeitsquoten-Rechners, dass ein konsequentes Umsetzen der ambitionierten EU-2020-Ziele ab 2010 im Hinblick auf Beschäftigungsquote von 75% unter den 20- bis 64-Jährigen zu einem Sinken der ökonomischen Abhängigkeitsquote auf 57% geführt hätte. Die Zahl der Erwerbstätigen wäre dabei stark genug ansteigen, um ein altersbedingtes Ausscheiden der „Generation Baby-Boom“ mehr als auszugleichen. Dieses Szenario erscheint aus heutiger Sicht, auch als Folge der Austeritätspolitik in einigen Mitgliedsstaaten, als unwahrscheinlich (Wöss, 2014).

Dennoch zeigt sich: Ob die europäischen Pensionssysteme in der

Form bestehen bleiben können, ist in hohem Maße eine Frage des politischen Willens. Ein Anheben des Pensionantrittsalters ist keineswegs der einzige mögliche Weg zur Rettung des Pensionssystems.

Andreas Chmielowski beginnt gerade seinen VWL-Master an der WU

Literatur

Beigewum, 2013: Mythos: „Pensionen sind nicht mehr finanzierbar“. URL: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/mythos-pensionen-sind-nicht-mehr-finanzierbar/> [20.6.2017].

derStandard.at, 2015: Babyboomer gehen in Pension – mit dramatischen Folgen. URL: <http://derstandard.at/2000011847434/Babyboomer-gehen-in-Pension-mit-dramatischen-Folgen> [28.5.2017].

Mum, 2016: „Das österreichische Pensionssystem“ – Pensionssystem im politischen Diskurs. In: WISO 3/2016. URL: http://www.isw-linz.at/themen/dbdocs/LF_Mum_3_16.pdf [29.9.2016].

Panhözl, 2017: Das zynische am inszenierten Streit über das Pensionsantrittsalter. URL: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/das-zynische-am-inszenierten-streit-ueber-das-pensionsantrittsalter/#more-16850> [28.5.2017].

Statistik Austria, 2017: Erwerbsstatus. URL: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/erwerbsstatus/index.html [29.7.2017].

Türk & Wöss, 2011: Herausforderung Demografie – Sozialpartnerdialog. Arbeit&Wirtschaft. URL: http://www.arbeit-wirtschaft.at/servlet/ContentServer?pagename=X03/Page/Ind ex&n=X03_0.a&cid=1317301576464 [29.9.2017].

Türk & Wöss, 2014: Erreichung/Nicht-Erreichung des EU-2020-Beschäftigungsziels: 1000 Mrd Euro stehen auf dem Spiel! URL: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/erreichungnicht-erreichung-des-eu-2020-beschaeftigungsziels-1-000-mrd-euro-stehen-auf-dem-spiel/> [20.6.2017].

Wöss, 2014: Braucht die Pensionsversicherung eine Reparatur? URL: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/braucht-die-pensionsversicherung-eine-reparatur/> [23.6.2017].

Wöss, 2016: Herausforderung Demografie – Zukunft der Pensionen. Vortrag vor der Wirtschaftspolitischen Akademie, 21.10.2016.

Das Kapital des Staates

Mariana Mazzucato | Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum | 304 S. | 23,60 Euro | rezensiert von Lauritz Kleber

Internationale Medien, UnternehmerInnen und liberale PolitikerInnen bauen heutzutage scheinbar immer stärker auf eine bequeme Gegenüberstellung des dynamischen, innovativen und wettbewerbsfähigen privaten Sektors auf der einen und den langsamen, bürokratischen und untätigen öffentlichen Sektor auf der anderen Seite.

Es macht sich ein Wunsch nach einem Staat breit, der möglichst wenig regulierend in den Markt eingreift und sich auf seine vermeintlichen Kernkompetenzen besinnt, lediglich die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen und den Unternehmen, die durch ihr Streben nach Innovation wahren Fortschritt herbeizubringen in der Lage sind, nicht im Wege zu stehen.

Große Konzerne wie Apple stehen für die Revolution des Kapitalismus durch GaragenbastlerInnen – der Staat hingegen für den langsamen Verwaltungsriesen, dem bei Marktversagen die Schuld wegen Überregulierung gegeben wird. Als Konsequenz seines Handelns solle er das Marktversagen dann zumindest eindämmen.

Doch stimmt das wirklich mit der Realität überein? Mariana Mazzucato zeichnet in ihrem Buch ein ganz konträres Bild dazu:

Mit vielen Beispielen führt Mazzucato die Leserschaft auf eine Reise quer durch die Geschichte diverser Branchen und zeigt, dass Grundlagenforschung in Bereichen wie dem kommerziellen Internet, der Nanotechnologie, der Entwicklung von Medikamenten und der grünen Energiewende auf Basis staatlicher Investitionen entstand.

Der große Aufstieg des Apple-Konzerns, der heute symbolisch

den Erfolg von GaragenbastlerInnen im Bereich Innovation steht, basiert weitestgehend auf staatlich finanzierter Forschung.

Mazzucato beleuchtet das wahre Treiben hinter Innovationen: Öffentliche Investitionen können sich in früher undenkbarer Bereiche vorwagen, da die soziale Rendite jene der Unternehmen, die auf Wirtschaftlichkeit bedacht sein müssen, übersteigt. Erst wenn zureichend solide Grundlagenforschung in Bereichen wie Internet, GPS und Co. getätigt worden ist, wagen sich die GaragenbastlerInnen in diese Nischen und finanzierten Forschung im Sinne des Wettbewerbsvorteils aus eigener Tasche.

Darüber hinaus spricht die Autorin Dysfunktionen unseres heutigen Wirtschaftssystems an, welches „Risiken sozialisiert und gleichzeitig Gewinne privatisiert“.

Durch gute Recherche und ein weites Spektrum an Beispielen ist das Buch sehr spannend und lebhaft geschrieben, und bietet Raum für weiterführende Überlegungen. Mazzucato interpretiert darin eine Vielzahl an ökonomischen Denkrichtungen zu dem Thema „Die Rolle des Staates bei Innovationen“. Für EinsteigerInnen in die Materie der Ökonomie können fehlende wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse teilweise zu offenen Fragen führen. Trotzdem ist es spannend zu sehen wie weit ein ökonomischer Dialog gehen kann, und macht auf jeden Fall Lust auf mehr.

Lauritz Kleber studiert VWL an der WU Wien



Demokratisierung der Wirtschaft als Lösung für unser Ressourcenproblem

Ein Blick auf globale wirtschaftliche Entwicklungen, die von wachsender Ungleichverteilung und Ausbeutung von Ressourcen gezeichnet sind, zeigt, dass ein Überdenken bestehender Organisations- und Produktionsformen im Sinne der Nachhaltigkeit und Solidarität notwendig ist. Eine Demokratisierung der Wirtschaft würde allen darin eingebundenen Subjekten echte Teilhabe an wichtigen Entscheidungsprozessen ermöglichen und somit letztlich dem Allgemeinwohl zugutekommen. Von **Laura Porak**

Machtkonzentration und Entfremdung

Unserer Gesellschaft wird eine Vielfach-Krise attestiert (vgl. Brand), wobei sich besonders die Frage stellt, wie der Endlichkeit unserer Ressourcen sowie der immer größer werdenden Vermögensspreizung (vgl. Piketty) zu begegnen ist. Der freie Markt und die auf ihm erreichbaren Allokationen wurden zum Ideal erhoben, wodurch sich Profitinteressen durchsetzen konnten und Aspekte ungleicher Information oder Macht in der Theoriebildung unzureichend berücksichtigt werden (vgl. Krätke.). Das Individuum kann, indem es sich den genannten Prämissen und damit der gesellschaftlichen Struktur unterordnet, ein Stück Verantwortung für seine Handlungen abgeben. Konsum wird zum einen zum Ausdruck von Individualität und zum anderen zur Ablenkung von wahren Bedürfnissen.

Dies führt zu einer Ausdehnung der vormals westlichen Lebensweise, die mit einer Intensivierung der Ressourcennutzung einhergeht (vgl. Brand). Internationale Konzerne haben einen Großteil der weltweiten Produktion übernommen, wobei Entscheidungen zumeist zentral in einem schwer durchschaubaren Geflecht von Beziehungen getroffen werden, vordergründig an den Interessen der MachthaberInnen orientiert. Auf diese Weise findet eine immer stärker werdende Ungleichverteilung von Ressourcen und eine Spreizung der Vermögensverhältnisse statt (vgl. Frick. 2016. S. 1), welche in Widerspruch zu einer nachhaltigen und solidarischen Lebensform stehen (vgl. Brand. 2017. S. 176).

Das Individuum geht dabei im Prozess verloren, durch die zunehmende Einbindung in große Strukturen von transnationalen Unternehmen erfolgt eine immer stärker werdende Entfremdung vom Arbeitsprozess in zweifacher Form: Zum einen weil nur ein

kleiner Ausschnitt des fertigen Produktes ihrer Arbeit bekannt ist, zum anderen weil der Überblick über den Arbeitsprozess selbst verloren geht (vgl. Landes. 1986. S. 614).

Unsere Wirtschaftsweise beutet ArbeiterInnen aus und baut auf der Prekarisierung von Menschen und Natur auf (vgl. Brand. S. 179).

Demokratisierung der Märkte

Eine Transformation unseres bestehenden Systems und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bzw. Produktionsweise erscheint ebenso wie eine Einschränkung des Konsums als notwendig (vgl. Brand. 2017. S.33).

Eine Hinwendung zu einer solidarischen Form des Wirtschaftens unter Einbindung möglichst aller am Prozess Teilhabenden sollte also zukünftig im Mittelpunkt stehen. Das Subjekt sollte durch die Möglichkeit, eigene Interessen und Meinungen in den Prozess einzubringen, gestärkt werden, womit gleichzeitig der Markt zum Teil entmachtet wird und vermehrt der Fokus auf das Gesamtwohl gelegt werden kann (vgl. Krätke. S. 16).

Die notwendigen Veränderungen sind allerdings zu weitreichend als das ein Einzelner diese verursachen kann, viel mehr ist es unumgänglich einen systemischen Wandel anzustoßen.

Der reine Marktmechanismus soll das effizienteste Mittel zur Verteilung von Gütern sein, wobei es unter den Bedingungen von perfektem Wettbewerb und den Marktannahmen der Neoklassik zu einer Maximierung der gesamtgesellschaftlichen Wohlfahrt kommen soll. Diese Idealvorstellung wird allerdings in der Realität selten erfüllt: Marktmacht ist selten zu leugnen. Trotzdem muss keine Abwendung vom Markt an sich, der sich einzig durch Austausch einer spezifizierten Ware auszeichnet, geschehen, denn die Be-

dingungen unter denen dieser stattfindet können sehr unterschiedliche Formen annehmen. (vgl. Rosenbaum. 2000).

Betrachtet man Märkte im Verständnis von Diane Elson als Verhältnisse zwischen Menschen und nicht zwischen Dingen, als soziale Systeme mit eigenen Werten, Normen und Regeln, die spezielle Strukturen aufweisen, kann eine jeweils für die Gesellschaftsformation passende Marktform institutionalisiert werden. Der Markt soll einer demokratischen Gesellschaft untergeordnet werden, anstatt diese dem Wirtschaftsgeschehen zu unterwerfen (vgl. Kratke. S. 22) und die Wirtschaft soll Teil der Gesellschaft sein (vgl. Schrader. 1995. S.5).

Eine Sozialisierung der Märkte muss Diane Elson zufolge bei marktregulierenden Institutionen ansetzen, wobei diese sich durch informelle Hierarchien auszeichnen: Nicht alle MarktteilnehmerInnen haben die gleichen Möglichkeiten auf den Markt und seine Strukturen, Regeln und Normen einzuwirken. Eine Sozialisierung der regulierenden Marktinstanzen kann etwa durch Umwandlung in öffentliche, demokratisch organisierte Institutionen erfolgen, deren oberste Aufgabe die Herstellung von Markttransparenz sein soll (vgl. Kratke. S. 23).

Einbeziehung der Menschen

Entscheidend ist jedoch letztendlich die Möglichkeit zur Beteiligung von Individuen. Es genügt nicht durch öffentliche Institutionen Transparenz herzustellen, sondern es benötigt eine Erweiterung um Selbstregulierung und Beteiligung der BürgerInnen an Entscheidungsprozessen, die über den traditionellen Korporatismus hinausgeht. Um den schon vorhandenen Institutionen, in denen sich BürgerInnen engagieren, die Möglichkeit zu geben eine politische Rolle

zu spielen, muss die Rolle des Staats bzw. der zentralen Institutionen überdacht werden – das staatliche Politikmonopol muss aufgebrochen werden und eine Übertragung der politischen Kompetenzen bzw. Rechte auf die einzelnen Institutionen und Vereine erfolgen. Auf diese Weise erfolgen eine Politisierung der Zivilgesellschaft und eine Pluralisierung des Staates, die den Charakter einer Marktwirtschaft grundlegend verändern können (vgl. Kratke, S. 24). Solche Projekte werden in letzter Zeit etwa vermehrt im Rahmen der Lebensmittelversorgung durch direkten Kontakt zwischen BäuerInnen und KonsumentInnen ins Leben gerufen.

Gleichzeitig kann den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern durch eine Beteiligung am gesamtwirtschaftlichen Prozess ihre Mündigkeit zurück gegeben werden, da sie nicht mehr nur als LohnarbeiterInnen darin eingebunden sind, sondern diesen nun aktiv mitgestalten können.

Regeln, Ziele und Pläne sollen öffentlich verhandelt und kollektiv beschlossen werden. Eine verfassungsrechtlich verankerte Solidarität, und nicht Gewinnstreben, soll der Motor wirtschaftlicher Entwicklung sein (vgl. Frick, S. 2).

Die für einen Markt typischen Austauschprozesse bleiben bestehen, allerdings gewinnen sie an Transparenz und schaffen so einen sozial verbindlichen Rahmen, der bestimmten kulturellen Normen unterliegt (vgl. Kratke, S. 24). Um der Gefahr einer Beeinflussung durch die Mächtigen zuvor zu kom-

men, benötigt es – wie in jeder Demokratie – eine starke Opposition (vgl. ebd.).

Orientierung am Gemeinwohl

Im gegenwärtigen System werden durch imperfekte Wettbewerbsmärkte verursachte Kosten als Externalitäten bezeichnet, die Interessen der Einen werden gegen die Kosten der Anderen abgewogen. Erst in einem Konzept, in dem das Gemeinwohl der Gesellschaft an erster Stelle steht, wird es möglich, Interessen Anderer nicht als Externalitäten formulieren zu müssen, sondern diese in den Prozess und die Entscheidungsfindung aufzunehmen. Im Einklang mit der Umwelt zu agieren wird erstrebenswert, wenn Folgen der Umweltbelastung für die Gesellschaft

offensichtlich werden. Dies kann durch zunehmende Transparenz der Entscheidungen erreicht werden, die gleichzeitig den BürgerInnen mehr Handlungsraum geben und ein Bewusstsein dafür schaffen, dass alle Ressourcen begrenzt sind und quantitatives wirtschaftliches Wachstum immer nur auf Kosten Anderer möglich ist (vgl. Nachhaltigkeit.). Gleichzeitig können nicht nur aktiv Beteiligte, sondern auch Interessierte den Entscheidungsprozess auf dem Markt nachverfolgen und daraus neue Erkenntnisse und Ideen gewinnen.

Laura Porak studiert VWL an der WU und Soziologie an der Uni Wien



Genug vom
Fischen im
Trüben?

Studien, Kurzfassungen,
Analysen und Hintergründe
für die nächste Seminararbeit auf:

blog.arbeit-wirtschaft.at

Arbeit & Wirtschaft
Herausgegeben von AK und ÖGB www.arbeit-wirtschaft.at

Literatur

Brand, Ulrich. 2016. Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus.

Die Zeit. <http://www.zeit.de/2017/23/oekonomie-merkte-werte-wettbewerb-vereinbarung/seite-2> zuletzt zugegriffen: 15.06.2017.

Frick, Andres, Rey, Romeo, Wickli, Johannes. 2016. 25 Thesen zur Demokratisierung der Wirtschaft. Zürich: Denknetz.

Krätke, Michael R. 2003. Demokratisierung der Märkte. Wien: Kurswechsel.

Landes, David. 1986. What Do Bosses Really Do?

Nachhaltigkeit. https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/nachhaltiges_wirtschaften_sustainable_business_n_1498.htm zuletzt zugegriffen: 31.05.2017

<http://nachhaltigkeit.bvng.org/handlungsfelder/wirtschaft/> zuletzt zugegriffen: 31.05.2017

Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert.

Rosenbaum, Eckehard F. 2000. What is a market? On the methodology of a contested concept. Berlin: Review of social economy. 48 (4).

Schrader, Heiko. Zur Relevanz von Polanyis Konzept der Einbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft.

Die Entwicklung des österreichischen Materialverbrauchs

In den letzten Jahrzehnten hing das wirtschaftliche Wachstum in Österreich noch sehr mit dem Ressourcenverbrauch zusammen. Mit Hilfe der Materialflussrechnung ist es möglich den Ressourcenverbrauch sowie die Ressourceneffizienz für die gesamte österreichische Volkswirtschaft zu messen. Die Ergebnisse zeigen, dass sich seit 2008 der gesamte Materialverbrauch vom Bruttoinlandsprodukt absolut entkoppelt hat und die Ressourceneffizienz gestiegen ist. Der Ressourcenverbrauch pro Kopf ist sogar gesunken. Von **Sanaz Kazerounian**

In den letzten Jahrzehnten ist das Interesse der Bevölkerung an umweltbezogenen Themen stark gestiegen. Es wurden zahlreiche wissenschaftliche Publikationen zu den Themen Nachhaltigkeit, Umweltverschmutzung, Klimawandel, erneuerbare Energien, CO₂, etc. veröffentlicht, genauso wie zahlreiche wissenschaftliche Publikationen zum Thema Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum. Anhand dieser Publikationen konnten Zusammenhänge zwischen dem Energie-, Materialverbrauch, den CO₂-Emissionen und dem Wirtschaftswachstum nachgewiesen werden (Getzner, 2009). In Zusammenhang mit dem zunehmenden Interesse der Bevölkerung an umweltbezogenen Themen, sowie der Notwendigkeit die Forschung voranzutreiben, entstanden auch Publikationen zum österreichischen Materialverbrauch. In Österreich gibt es bislang nur wenige ForscherInnen bzw. Institutionen, die sich mit dem Thema Materialverbrauch auseinandergesetzt haben. Einige dieser ForscherInnen arbeiten an der Wirtschaftsuniversität Wien, an der Alpen-Adria-Universität, in der Statistik Austria oder im Bundesministerium. Sie alle haben wichtige und bedeutende Ergebnisse auf dem Themengebiet erzielt. In diesem Artikel wird die Entwicklung des Materialverbrauchs für die gesamte österreichische Volkswirtschaft untersucht und anhand von Indikatoren bewertet, ob es in den letzten Jahren zu einer Entkopplung des Materialverbrauchs vom Wirtschaftswachstum (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) gekommen ist.

Ein wichtiges Instrument zur Berechnung des Materialverbrauches ist die Materialflussrechnung. Dies ist eine EU-weit harmonisierte Methode zur Messung der Wechselwirkungen zwischen Umwelt und Gesellschaft. Dabei werden die Gesamtströme von Rohstoffen und Waren, die aus dem Ausland in eine Volkswirtschaft importiert werden, sowie Veränderungen des Kapitalbestands innerhalb eines Wirtschaftsbereichs dokumentiert. Zudem fließen noch die Abgaben von Abfällen und Emissionen, die in anderen Volkswirtschaften entstehen, mit ein. Anhand dieser Angaben kann gemessen wer-

den, welche Volkswirtschaften die Umwelt am meisten schädigen. Die Materialflussrechnung ist ein wichtiges Instrument in der Ressourcen- und Abfallwirtschaft, und stellt einen Indikator für nachhaltige Entwicklung dar. Besonders erwähnenswert ist, dass die Materialflussrechnung inländische Entnahmen, Importe und Exporte einer Volkswirtschaft misst. Um die Struktur und die Wechselbeziehungen zwischen Volkswirtschaften und der Umwelt besser nachvollziehen und messen zu können, werden diese in einem Input-Output-System gegenübergestellt (Umweltgesamtrechnung.at, 2017).

Im ersten Schritt erfasst die Materialflussrechnung zunächst alle physischen Inputs (DMI) einer Volkswirtschaft. Inputs setzen sich aus der inländischen Materialentnahme (DE), den importierten Rohstoffen (Importe) und den ungenutzten Extraktionen (ungenutzte Entnahmen) (wie z.B. Bodenaushub) zusammen. Entnommene Rohstoffe sind jene Ressourcen, die direkt aus der Natur gewonnen wurden (wie z.B. Holz). In der Materialflussrechnung wird die inländische Materialentnahme in den vier Hauptmaterialgruppen Biomasse, metallische Materialien, nichtmetallische Mineralien und fossile Energieträger dargestellt und in physikalische Einheiten (in der Regel Tonnen) ausgewiesen. Im Gegensatz dazu können Importe Produkte unterschiedlicher Produktionsstufen enthalten (von Rohstoffen für die Produktion bis hin zum fertigen Möbelstück). Inputs werden im System entweder weiterverarbeitet, zur Gänze verwertet oder recycelt. Im Gesellschaftssystem kommt es dann zu einer Bestandsveränderung. Güter können ins Ausland exportiert werden, wobei Emissionen und Abfälle entstehen können. Exporte, Emissionen und Abfälle werden in der Materialflussrechnung als Outputs zusammengefasst. Mittels

der Materialflussrechnung können ebenfalls die materiellen Vorleistungen der Importe und Exporte berechnet werden (Rohmaterialäquivalente). Von Bedeutung ist, dass die Materialflussrechnung ein in sich geschlossenes System ist. Alles, was in dieses System hineingelangt, muss auch wieder aus dem System hinauskönnen. Aus dieser Balance ergibt sich die Gleichung: Input = Output +/- Bestandsveränderung (BMLFUW, BMWFW, 2015, S. 18f,73f). Anhand der Materialflussrechnung lassen sich bestimmte Indikatoren berechnen, wie zum Beispiel der gesamte Materialeinsatz (DMI), der sich aus der inländischen Materialentnahme und den Importen zusammensetzt sowie der Materialverbrauch (DMC), der sich aus der inländischen Materialentnahme und den Importen abzüglich der Exporte zusammensetzt. Anhand der beiden Indikatoren kann auch die Ressourceneffizienz hergeleitet werden. Diese gibt an, wie viel Wertschöpfung mit einer Einheit Materialeinsatz geschaffen wurde. Man berechnet die Ressourceneffizienz indem man das Bruttoinlandsprodukt in Verhältnis zum in-

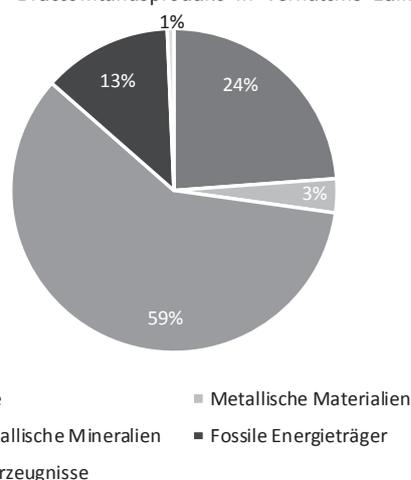


Abbildung 1: Anteile der vier Hauptmaterialgruppen am österreichischen Materialverbrauch (DMC) im Jahr 2014. Quelle der Daten: Statistik Austria (2017a).

ländischen Materialverbrauch oder zur inländischen Materialentnahme setzt (BIP/DMC oder BIP/DMI) (Umweltgesamtrechnung.at, 2017).

Ziel der Materialflussrechnungen ist es, physische Austauschprozesse (bzw. den Materialdurchfluss) zwischen Natur und Gesellschaft aufzuzeigen. Um das zu ermöglichen, werden die Daten der Materialflussrechnung in biotische (nachwachsende) und abiotische (nicht nachwachsende) Materialien ausgewiesen. Biomasse wird den biotischen Materialien zugeordnet; metallische Materialien, nichtmetallische Mineralien und fossile Energieträger den abiotischen Materialien. Als Biomasse werden alle Ressourcen pflanzlichen oder tierischen Ursprungs zusammengefasst, die von Menschen oder Nutztieren aus der Umwelt entnommen wurden. Dies umfasst die landwirtschaftliche Produktion, alles, was von Weidetieren aufgenommen wird, sowie Produkte aus Fischfang und Jagd. Metallische Materialien setzen sich unter anderem aus Eisen, Stahl, Metall und bestimmten Konzentraten zusammen. Die Kategorie der nichtmetallischen Mineralien wird von Baurohstoffen dominiert und setzt sich größtenteils aus Kies, Sand und Bergbauprodukten zusammen. Als fossile Energieträger werden feste, flüssige und gasförmige mineralische Rohstoffe erfasst, die zur Energiegewinnung genutzt werden, beispielsweise Braun- und Steinkohle, Erdöl und Erdgas (BMLFUW, BMWFJ, 2011, S. 17; Statistik Austria, 2007, S.44f).

Die Zusammensetzung des gesamten österreichischen Materialverbrauchs (DMC) zeigt, dass es unterschiedlich hohe Anteile zwischen den Hauptmaterialien gibt (Abbildung 1). Im Jahr 2014 wurden insgesamt 185,8 Millionen Tonnen Material verbraucht. Davon entfielen 110,2 Mio. Tonnen auf nichtmetallische Mineralien (59%), 44,2 Mio. Tonnen auf Biomasse (24%), 23,8 Mio. Tonnen auf fossile Energieträger (13%) und 6,3 Mio. Tonnen auf metallische Materialien (3%). Nichtmetallische Mineralien beinhalten Baurohstoffe, welche üblicherweise in großen Mengen entnommen werden um Straßen und Verkehrswege sowie Wohn- und Büro- bzw. Industriebauten zu errichten. Fossile Energieträger wie Öle oder Kohle werden zum Großteil für die Energieversorgung verwendet, wobei diese durch Verbrennung enorme Mengen an CO₂ freisetzen und dadurch zur globalen Klimaerwärmung beitragen.

Nicht alle Daten der Materialflussrechnung werden von statistischen Ämtern erfasst: Ein Beispiel stellt die von Nutztieren verwendete geweidete Biomasse (wie z.B. Gras) dar. Um diese fehlenden Daten dennoch zu berücksichtigen, müssen spezielle Zusatzschätzungen, bestimmte Rechenmodelle oder Schätzmethoden angewendet werden. Des Weiteren werden nicht alle Daten in Tonnen ausgewiesen: So wird beispielsweise

der österreichische Holzeinschlag in Festmetern berechnet und muss erst in Tonnen umgerechnet werden. Durch Umrechnungen solcherart können statistische Ungenauigkeiten auftauchen (BMLFUW, BMWFJ, 2015, S. 75f).

Abbildung 2 zeigt die Entwicklung des Bruttoinlandproduktes, des Ressourcenverbrauchs, der Ressourceneffizienz und des Materialverbrauchs pro Kopf für den Zeitraum 2000-2014. In diesem Zeitraum ist das Bruttoinlandsprodukt um +22,5% gestiegen, während der Ressourcenverbrauch minimal gesunken ist (-0,02%). Von 2000-2007 zeigten beide Größen einen steigenden

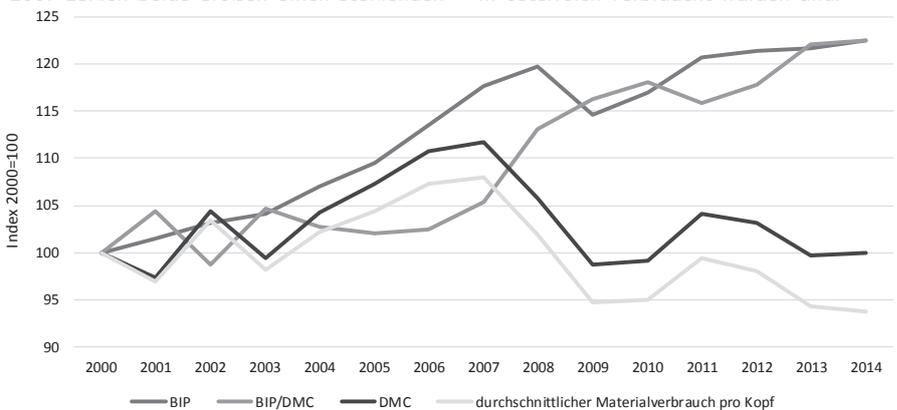


Abbildung 1: Entwicklung des Materialverbrauchs in Österreich von 2000-2014 (2000=100). Quelle der Daten: Statistik Austria (2017a); Statistik Austria (2017b); Statistik Austria (2017c); eigene Berechnungen

Verlauf an, jedoch ist der Ressourcenverbrauch seit der Wirtschafts- und Finanzkrise (2008/2009) deutlich gesunken. Um das Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch zu beschreiben, kann die Ressourceneffizienz (BIP/DMC) herangezogen werden. Wie bereits oben angeführt, ist die Ressourceneffizienz ein Maß, das angibt wie viel Wertschöpfung mit einer Einheit Materialeinsatz geschaffen werden kann. Beide Wachstumsraten sind zwar gestiegen, wobei die Wachstumsrate der Ressourceneffizienz seit 2013 höher war als die des Bruttoinlandsprodukts. Das bedeutet, dass mehr ökonomischer Output (BIP) mit weniger Ressourcen erwirtschaftet wurde. Im Jahr 2000 konnte mit einer Tonne Materialeinsatz 1.207,3 € BIP generiert werden, während im Jahr 2014 mit einer Tonne Materialeinsatz schon 1.479,4 € BIP erwirtschaftet werden konnte. Die steigende Ressourceneffizienz zeigt auch, dass eine Entkoppelung des Materialverbrauchs vom Bruttoinlandsprodukt stattgefunden hat. Da im Jahr 2014 der Materialverbrauch gegenüber 2000 gesunken ist und die Wirtschaftsleistung im selben Zeitraum gestiegen ist, hat sich der Materialverbrauch sogar absolut vom Wirtschaftswachstum entkoppelt.

Anhand der Materialflussrechnung und

der Bevölkerungsanzahl lässt sich auch der Materialverbrauch pro Kopf berechnen. Im Jahr 2000 lag der durchschnittliche Materialverbrauch bei 23,2 Tonnen pro Kopf, während im Jahr 2014 der durchschnittliche Materialverbrauch nur mehr 21,7 Tonnen pro Kopf betrug. Das entspricht fast 60kg an Materialien pro Kopf und pro Tag.

Der Trend des gesamten österreichischen Materialverbrauches zeigt, dass insgesamt weniger Ressourcen in Österreich verbraucht wurden und.

Sanaz Kazerounian schließt gerade ihren VW-Master an der WU ab

Literatur

BMLFUW, BMWFJ. (2011). Ressourcennutzung in Österreich-Bericht 2011. Wien.
 BMLFUW, BMWFJ. (2015). Ressourcennutzung in Österreich-Bericht 2015. Wien
 Getzner, M. (Oktober 2009). Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch. Über die Zusammenhänge von Energie- und Ressourcenverbrauch, Emissionen und BIP in Österreich. Wissenschaft & Umwelt Interdisziplinär 13, S. 22-31.
 Statistik Austria. (2007). Materialflussrechnung, Methodenbeschreibung der Inputreihen.. Wien.
 Statistik Austria. (2017a). Materialflussrechnung. Abgerufen am 30. Mai 2017 von https://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/energie_und_umwelt/umwelt/materialflussrechnung/index.html
 Statistik Austria. (2017b). Bevölkerung im Jahresdurchschnitt. Abgerufen am 30. Mai 2017 von https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstand_und_veraenderung/bevoelkerung_im_jahresdurchschnitt/index.html
 Statistik Austria. (2017c). Bruttoinlandsprodukt. Abgerufen am 30. Mai 2017 von https://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/bruttoinlandsprodukt_und_hauptaggregate/index.html
 Umweltgesamtrechnung.at. (2017). Umweltgesamtrechnung.at. Abgerufen am 27. Mai 2017 von http://www.umweltgesamtrechnung.at/ms/ugr/de/ugr_physische_konten/ugr_materialflussrechnung/

Kontinuität der europäischen Integration

Die Frage, ob und wie weit sich die Integration der Europäischen Union fortsetzen wird, kann durch ein Modell von Kosten-Nutzen-Abwägungen heterogener Gesellschaften betrachtet werden. Von **Mathias Brunner**

Ursprünglich war das Ziel der europäischen Integration die Überwindung von einseitigen und selbstzerstörenden nationalstaatlichen Politiken. Nach einigen Generationenwechseln änderte sich die Wahrnehmung, was aber nicht bedeutet, dass der Wunsch nach mehr Integration nicht weiterhin ein wichtiges Anliegen wäre.

Nach Monnets Vorstellungen findet entweder (i) der bisher unvollständige Föderalismus mit den United States of Europe seine Verwirklichung oder (ii) es endet in einer Post-Modernen Welt, in der traditionelle Staaten (USA, Frankreich, Deutschland ...) eine untergeordnete Rolle gegenüber supranationalen Organisationen (UNO, WTO ...) und Normen (Menschenrechte ...) einnehmen. Zudem würde dies weiterhin die Unabhängigkeit und Freiheit von Individuen und Gruppen sicherstellen.

Die erstere Vision, eine Föderation, würde per Definition sämtliche nationale Grenzen und interne Konflikte (ausgenommen ziviler Konflikte) beseitigen, was auch dem ursprünglichen Ziel entspricht. Die Letztere, Supranationalität, würde diese ebenso überwinden, wenn auch mit unterschiedlicher Machtkonzentration. In beiden Fällen besteht jedoch eine Wechselwirkung zwischen politischen Kosten und Nutzen, welcher daraus resultiert, dass heterogene Gruppen gemeinsam politische Entscheidungen treffen.

Die Kosten- und Nutzeneffekte folgen aber nicht den klassischen ökonomischen Überlegungen zu privaten Gütern, wo heterogene Präferenzen Nischen eröffnen und stimulierend wirken, vielmehr muss durch die Brille eines öffentlichen Gutes geschaut werden.

Die Vorteile resultieren aus Skaleneffekten oder einer Absicherung gegenüber asymmetrischen Schocks – sofern Ausgleichsmechanismen geschaffen wurde. Die Kosten sind hingegen das Ergebnis einer Heterogenität innerhalb der Bevölkerung welche zu teils entgegengesetzten politischen Präferenzen bei der Nachfrage nach öffentlichen Gütern und Institutionen führt, insbesondere Faktoren wie Ethnie, Sprache, Geschichte und Kultur haben signifikante Auswirkungen.

Historisch wurde häufig bei Nationenbildungen versucht, die Heterogenität innerhalb der Bevölkerung mit Gewalt zu reduzieren, um politische Kosten zu verringern und Eigeninteressen durchzusetzen. Eine solche Vorgehensweise schließt jedoch die eingangs erwähnte Grundidee der europäischen Integration (Friede) zu Recht, aus. Übermäßige Heterogenität muss somit durch ein gemeinsames Zusammenleben abgebaut werden. Dennoch wird aber weiterhin ein höherer Anteil an Heterogenität, als in einem klassischen Nationalstaat zu erwarten sein, was die Europäische Union zu einem Vielvölkerstaat macht, inklusive seiner Tendenz zur Instabilität.

Zurück zur europäischen Integration; es wurden zwei Arten von Institutionen geschaffen: supranationale Institutionen (Europäische Kommission, Parlament ...) und zwischenstaatliche Institutionen (Rat der Europäischen Union ...). In der Literatur lassen sich daraus zwei Lager ableiten, die (i) Intergovernmentalisten und die (ii) Funktionalisten. Intergovernmentalisten glauben daran, dass Integration basierend auf nationalen Interessen vorangetrieben werden soll, während Funktionalisten der Meinung sind, dass Integration automatisch zu einem Druck nach mehr Integration führt – Monnets Kettenreaktion. Wenn beispielsweise ökonomische Integration zu mehr Homogenität in

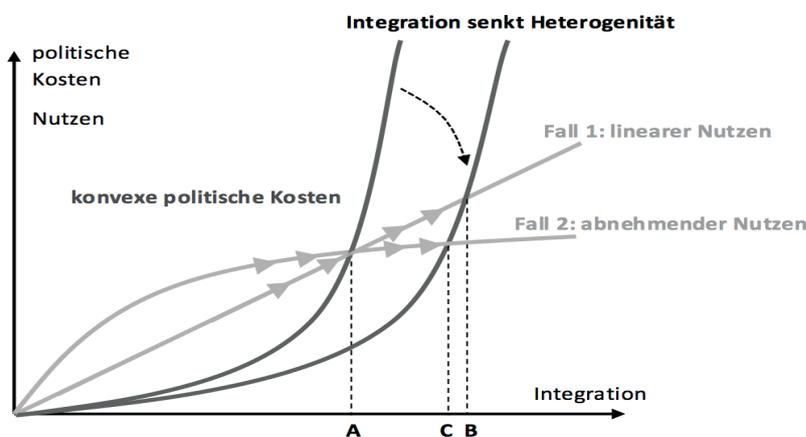


Abbildung 1: Ein simples Modell der Integration.

Integration kann hingegen nur vorangetrieben werden, wenn der gesellschaftliche Nutzen die Kosten übersteigt. Eine darüber hinausgehende erzwungene Integration kann daher nicht von Dauer sein, da es notwendigerweise zu heftigen Gegenreaktionen kommen wird. Wie sich jedoch bereits bei der Romanisierung in der Antike gezeigt hat, führt eine Integration über die Zeit hinweg auch zu einer gewissen Assimilation und hierdurch zu einer Reduzierung der Heterogenität der Präferenzen bei öffentlichen Gütern und Institutionen. Die treibende Kraft ist hier der Faktor Zeit, auch wenn sich im Rahmen der Romanisierung natürlich ebenfalls der Faktor Gewalt finden lässt.

den Märkten und somit in der Gesellschaft führt, sinken die politischen Kosten auch für die weitere Integration. Diese Kettenreaktion der Funktionalisten wird häufig auch als Projekt der Eliten bezeichnet, da dies eine Loslösung gegenüber nationalen Interessen darstellt und auch demokratiepolitische Defizite aufweist, was mit einer Stärkung des Europaparlaments später teils kompensiert werden sollte.

Aber warum haben Intergovernmentalisten eine solche Kettenreaktion nicht gleich unterbunden, da sie ja Integration nur aus nationalen Interessen ableiten wollen? Hierzu will ich drei Erklärungsversuchen anführen: (i) Politiker haben einen zu kurzen

Entscheidungshorizont, (ii) asymmetrische Information führt dazu, dass Politiker die Handlungen der technokratische Funktionalisten nicht verstehen bzw. sich nicht koordinieren können und (iii) das Demokratiedefizit bei supranationalen Organisationen hindert daran, ausreichend Einfluss zu nehmen.

Entgegen Monnets Kettenreaktion kann jedoch argumentiert werden, dass, nachdem die tief hängenden Früchte erst einmal gepflückt wurden, die Kosten für jeden weiteren Integrationsschritt entlang einer konvexen Kurve (Fall 2) steigen. Ab einem gewissen Punkt sind die politischen Kosten jedoch so hoch, dass ein Schock (Krise) zu einem Zusammenfall des ganzen Systems führt. Die Idee der Kettreaktion antizipiert solche Ideen nicht und geht von einem linearen Kostenverlauf (Fall 1) zu immer mehr Integration aus; hierfür gibt es aber keine Garantie.

In Abbildung 1 habe ich die narrativen Annahmen in ein simples Modell formalisiert, wobei die Intergovernmentalisten gegenüber den Funktionalisten politisch dominanter sind. Für den Nutzenverlauf lassen sich zwei Fälle aus der narrativen Analyse zuvor ableiten.

- Im Fall 1 wird ein proportionaler Nutzenanstieg in Richtung mehr Integration angenommen (lineare Funktion), mehr Integration führt immer zu einem gleichen Nutzenanstieg.
- Fall 2 zeigt einen abnehmenden Nutzen von mehr Integration, die ersten Integrationsschritte führten hier zu einem überproportionalen Anstieg des gesellschaftlichen Nutzens („nie wieder Krieg“).

Beide Fälle unterstützen Monnets Kettenreaktion, aber der realistische 2. Fall führt zu einer Reduzierung der Integrationsgeschwindigkeit.

Die Dynamik erfolgt wie folgt:

- Der Kostenverlauf wird als Konvex angenommen, da es realistisch scheint, dass mehr Integration zu höheren politischen Kosten führt, weil es immer schwerer wird, hierfür Mehrheiten zu bekommen.
- Der Startpunkt in diesem Modell ist links vom potentiell möglichen Integrationsgleichgewicht (A). Es kommt zu einer Bewegung hin zur potentiell möglichen Integration, was jedoch einige Zeit dauert.
- Hierdurch wird aber auch eine Konvergenz der Präferenzen gegenüber öffentlichen Gütern und Institutionen ermöglicht und

somit ein Abbau von Heterogenität in Gang gesetzt. Dies führt zu einer Drehung der Kostenfunktion.

- Im Fall 2 verschiebt sich das potentielle Gleichgewicht von A zu C, die Konvergenz über die Zeit wird fortgesetzt.
- Im beschriebenen Fall wird die Verschiebung des potentiellen Integrationsgleichgewichts immer kleiner, was zu einer Entschleunigung der Integrationsschritte führt, da diese zunehmend im Gleichgewicht verharren müssen, bis genug Zeit

Die Logik des beschriebenen Modells ist in einer solchen neuen Zusammensetzung nicht mehr gültig. Vielmehr kommt es zu einem Konsolidierungsprozess, da das Kräfteverhältnis zugunsten der Funktionalisten umschlägt. Dieser zeichnet sich einerseits durch eine Redezentralisierung von Entscheidungen aus oder durch institutionelle Reformen (Anstieg der demokratischen Mitbestimmung und steigende Transparenz). Gewisse Politikfelder sind hier mehr oder weniger betroffen – dies entspricht den Szenario 2: Schwerpunkt Binnenmarkt und Szenario 4: Weniger,

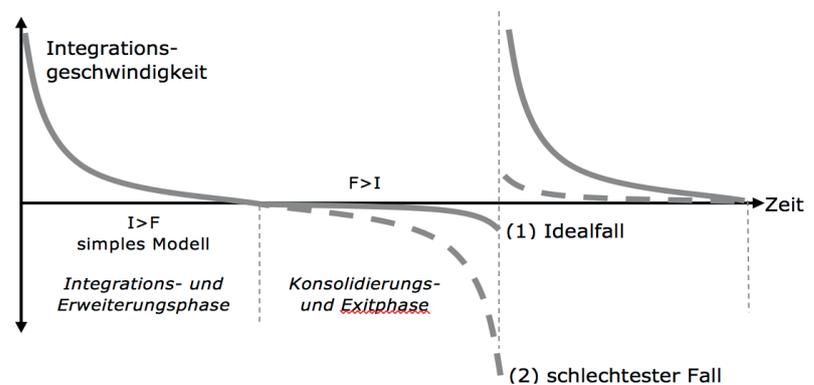


Abbildung 2: Zwei mögliche Fälle nach der Konsolidierungsphase

vergangen ist, um die Kostenfunktion wieder ausreichend zu verschieben.

In einer frühen Phase der Integration gab es somit einen großen Spielraum, in welchem der Nutzen die Kosten übersteigt. Mit einer steigenden Integration sinkt die Geschwindigkeit der Integration jedoch, potentiell nähert man sich auch einem Maximum an. Monnets Kettenreaktion war somit sehr effizient zu Beginn der Europäischen Integration, jedoch verliert sie stetig an Kraft.

Da die realisierte Integration sich immer näher an der potentiellen Integration annähert oder bereits im erreichbaren Gleichgewicht verharrt, sinkt auch die Fähigkeit zur Abfederung von Schocks. Wenn ein externer Schock die Heterogenität in der Bevölkerung erhöht, wie beispielsweise die Migrationskrise, führt dies zu einer Verschiebung der Kostenkurve nach links.

Befindet sich die Integration weiterhin links vom neuen potentiellen Gleichgewicht, so hat dieser Schock keine negativen Auswirkungen, befindet diese sich jedoch rechts, übersteigen die Kosten den Nutzen und eine politische Krise ist das Resultat.

Ist diese Krise langanhaltend, so verändert dies den Einfluss der politischen Lager und das Kräfteverhältnis der Intergovernmentalisten (I) gegenüber Funktionalisten (F) dreht sich.

aber effizienter in Junckers Weißbuch zur Zukunft Europas. Gleichzeitig wird auch die Phase der Erweiterung der Mitgliedsländer durch eine Phase des Austritts abgelöst (Brexit). Dies stellt auch klar einen Rückgang der europäischen Integration dar.

Ist die Konsolidierungsphase überwunden entsteht ein neuer Ausgangspunkt.

Im Idealfall (1) ist dies ein neuer Startpunkt für eine weitere intensive Integrationsphase entsprechend dem obigen Modell. Gleichzeitig ergeben sich durch die erfolgte Bereinigung neue Formen Optionen der Integration, womit wieder ein neuer großer Integrationsschritt möglich ist.

Im schlechtesten Fall (2) erfolgt ein großer Rückschritt während der Konsolidierungsphase und die Union geht geschwächt aus diesem Prozess heraus, was nur kleine weitere Integrationsschritte in der nächsten Integrationsphase ermöglicht.

Gegenwärtig befinden wir uns in einer Konsolidierungsphase, wie auch die Diskussion um die Zukunft Europas zeigt. Wie wir mit den gegenwärtigen Herausforderungen

Mathias Brunner ist Dissertant an der WU

Wer unterrichtet dich?

Jürgen Essletzbichler

Professor Jürgen Essletzbichler ist seit 2016 der neue Vorstand des Instituts für Wirtschaftsgeografie und GIScience an der WU. Er spricht mit uns über seinen Werdegang, die Unterschiede zwischen der WU und angelsächsischen Universitäten und über Bedeutung der Wirtschaftsgeografie innerhalb der Wirtschaftswissenschaften. Außerdem gewährt er Einblick in die von seinem Institut angebotenen Lehrveranstaltungen und gibt Tipps an AbsolventInnen. Das Interview führte **Maximilian Propst**

Sie haben erst Ihren Magister in Geographie, Raumforschung und Raumplanung an der Universität Wien gemacht und anschließend den Master und PhD in Geographie an der UCLA (University of California, Los Angeles). Wie sind Sie auf diese Studienrichtung gekommen und was hat Sie dazu bewogen in Amerika weiter zu studieren?

Geographie hat mich bereits in der Schule interessiert, dort hatte ich in den letzten zwei Jahren auch einen sehr guten Lehrer. Mir hat das Studieren dann viel besser gefallen als die Schule, da es mehr Freiheiten gab und man die Möglichkeit hatte, viel zu lesen und zu lernen. Außerdem bin ich über die Studierendenvertretung mit einigen Leuten zusammengekommen, mit denen ich mich politisch engagiert habe. Das war mir wichtig, da ich glaube, dass Studieren nicht nur bedeutet Inhalte oder Theorien auswendig zu lernen, sondern sich auch eine breitere Gesellschaftsbildung anzueignen. Am Ende des Magisters habe ich mich dann aber eigentlich nicht bereit gefühlt, sofort mit dem Arbeiten zu beginnen. Es gab einfach noch viel mehr, das ich gerne wissen wollte. Durch ein Fulbright-Stipendium ergab sich dann die Möglichkeit in den USA zu studieren.

Wie würden Sie das Studierendenleben damals mit dem von heute vergleichen?

Schwierig, weil ich die Studierenden ja nur im Unterricht sehe. Für mich war es damals ein prägendes Ereignis als im Audimax gecamppt wurde um ein breites gesellschaftliches Statement gegen den Abbau des Sozialstaates zu setzen. Da ging es wirklich um die Entwicklung eines politischen Bewusstseins. So eine Möglichkeit, einen Diskurs zu provozieren, scheint es in der Form nicht mehr zu geben. Das gibt es heute, so habe ich den Eindruck, in dieser Form nicht mehr. Andererseits gab es nach der Rezession an vielen Ökonomieinstituten weltweit, inklusive der WU, von Studierenden initiierte Veranstaltungen, die die Form und Inhalte sowie die Praxisrelevanz der Disziplin in Frage stellten. Es wurde gefragt, was Ökonomie überhaupt ist, was ihr Beitrag zur Gesellschaft sein soll und wie sie überdacht werden könnte. Diese Diskussionen sind wichtig und wir, als AkademikerInnen, müssen uns mit diesen Herausforderungen kritisch auseinandersetzen.

Wie kam es zur Spezialisierung auf Wirtschaftsgeographie?

Während dem Studium bin ich immer mehr auf die Wirtschaftsgeographie gekommen, auch durch die Lehrveranstaltungen von Professor Fischer, die einen sehr internationalen Ausblick hatten und für mich interessante Themen ansprachen.

Welche Rolle bzw. welchen Einfluss schreiben Sie der Wirtschaftsgeographie als Disziplin innerhalb der Wirtschaftswissenschaften zu?

Die Wirtschaftsgeographie war sicher für lange Zeit in der Ökonomie uninteressant. In den 70er und 80er Jahren gab es dann einen Trend, wo versucht wurde, soziale Probleme wirtschaftsgeographisch

zu erklären. Hier wurden die vorherrschenden neoklassischen Modelle und Methoden als inadäquat bezeichnet, und man hat sich eher an polit-ökonomischen Ansätzen orientiert. Seit den 90er Jahren gibt es nun sehr viele verschiedene wirtschaftsgeographische Ansätze, von denen die New Geographical Economics einen großen Beitrag leistete, damit die Wirtschaftsgeographie in der Ökonomie an Bedeutung gewann. Die konnte nämlich auf Basis der Fortschritte in den mathematischen Methoden erklären, dass es im Gegensatz zu dem von den klassischen regionalökonomischen Modellen postulierten Ausgleich von regionalen Unterschieden zu größeren regionalen Ungleichgewichten kommt. In diesem Sinn bestätigt die New Geographical Economics jetzt mit Hilfe mathematischer Modelle die Schlussfolgerungen, die Polarisationstheoretiker wie Myrdal, Hirschman oder Friedman schon in den 1950er Jahren zogen.

Haben Sie ein Spezialgebiet bzw. woran forschen Sie aktuell?

Für lange Zeit war es die Evolutionary Economic Geography. Regionale Unterschiede, Produktivitätsfortschritt und der technologische Wandel waren dabei die Themen, die mich vorwiegend interessiert haben. Ging es bei diesen Fragen noch darum wie und warum Regionen und Städte wachsen oder schrumpfen, beschäftigte ich mich jetzt mehr mit Verteilungsfragen und vor allem damit, was eine räumliche Perspektive zu dieser Diskussion beitragen kann. Durch die Anstellung junger ExpertInnen in diesem Gebiet, Franziska Disslbacher und Mathias Moser, und eine nähere Zusammenarbeit mit dem Inequality Institute werde nicht nur ich, sondern auch das Institut im Allgemeinen stärker in diesem Feld tätig werden



Jürgen Essletzbichler

Univ.Prof. Dr. Jürgen Essletzbichler ist Vorstand am Institut für Wirtschaftsgeografie und GIScience an der WU und folgt somit em. Prof. Manfred Fischer in dieser Funktion nach. Seine Forschungsgebiete sind Economic Geography und Geography of Inequality. Im Bachelorstudium war er für die Neugestaltung der LV „Einführung in die Wirtschaftsgeographie“, sowie für die Einführung der neuen Spezialisierungsveranstaltung „Applied Economic Geography and Case Studies“ verantwortlich.

Sie haben an der University of Southampton, dem University College London und der Temple University in Philadelphia geforscht und gelehrt. Wo liegen die zentralen Unterschiede zwischen diesen Universitäten und der WU?

Die WU wird den Universitäten in den USA ähnlicher und es wird jetzt auch erwartet, dass das wissenschaftliche Personal in internationalen Zeitschriften publiziert. Allerdings ist der Druck des „publish or perish“ noch nicht ganz so groß, da hier der Fokus auf die Lehre noch stark ausgeprägt ist. Die ProfessorInnen haben eine viel höhere Lehrverpflichtung als in Topuniversitäten in den USA oder Großbritannien.

Der andere wichtige Unterschied sind die institutionellen Rahmenbedingungen. In den USA und vor allem in Großbritannien ist

das Funding sehr stark vom akademischen Standing des Departments abhängig. In Großbritannien gibt es alle sieben Jahre Evaluierungen durch eine Kommission, die den wissenschaftlichen Beitrag einer/s jeden Departmentmitarbeitenden bewertet. Von denen hängt dann das Funding ab. Das führt aber dazu, dass das Personal unter extrem großen Druck steht, nicht nur im Zuge der Drittmittelfinanzierung, sondern auch, weil die Freiheit der Akademie schon ein bisschen verlorengeht. Zudem spürt man vermehrt die Einsparungen im Universitätsbereich, die im Endeffekt auf die Studiengebühren der Studierenden abgewälzt wurden. Das Geld kommt zwar rein, dafür fällt der staatliche Zuschuss aber weg, was im Endeffekt zu keinen großen Verbesserungen für die Studierenden führt.

Auf Studierendenseite gibt es einige kulturelle Unterschiede. Es wäre undenkbar, dass in Großbritannien oder den USA Studierende einfach Antworten von Facebook Seiten kopieren. Natürlich gibt es Einzelfälle, aber die werden in der Regel ertappt und können dann von der Universität verwiesen werden. Fragen können zwar in einer Gruppe ausgearbeitet werden, aber die Antworten müssen immer auf eigenem Wissen basieren. Ein weiterer Unterschied ergibt sich durch die hohen Studiengebühren (10.000 Euros pro Jahr für EU StaatsbürgerInnen) und den Stellenwert der Abschlussklassifizierung. Studiengebühren veranlassen Studierende so schnell wie möglich fertig zu werden. Für die Top-Unternehmen ist die Studienrichtung der Studierenden ziemlich uninteressant. Was zählt ist die Qualität der Universität und die Abschlussnote, wobei ein Gut die untere Grenze für ein Jobangebot darstellt.

Persönlich bin ich gegen Studiengebühren. Zum einen selektieren sie bei hohen Beiträgen nach dem sozialen Hintergrund. Zum anderen verändert sich dadurch die Beziehung von ProfessorInnen und Studierenden zu einem AnbieterInnen-KonsumentInnen-Verhältnis. Geringe oder keine Studienbeiträge sollten es Studierenden erlauben, mit Freude und ohne Zwänge an das Studium heranzutreten.

Seit 2016 sind Sie Vorstand des Instituts für Wirtschaftsgeographie und GIScience an der WU. Unter anderem wurde von Ihnen die LV-Prüfung „Einführung in die Wirtschaftsgeographie“ umgestellt. Warum?

Wirtschaftsgeographie kann man sehr unterschiedlich unterrichten. Ich versuche in der Einführungslehveranstaltung den Fokus darauf zu legen, was die Herausforderungen der Wirtschaftsgeographie im Hinblick auf die Globalisierung, Finanzialisierung und Neoliberalisierung der Weltwirtschaft sind. Dafür soll ein theoretisches Framework aufgebaut werden, um die Eigenschaften des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu beschreiben und wie sich diese auf räumliche Charakteristika auswirken. Der Stoff früherer Prüfungen war hierbei sehr strukturiert, es gab diese und jene historisch anerkannten Theorien mit ihren Eigenschaften und Interpretationen zu lernen. Diese Theorien sind natürlich nicht zu vernachlässigen, mir war es wichtiger die Frage zu stellen „Was sind die wirtschaftsgeographischen Antworten auf den jetzigen Wirtschaftsprozess?“. Der Kapitalismus ist ja nicht der „Natural State of the Economy“, sondern ein historisch spezifisches Verhältnis, das zu gewissen Entwicklungen geführt hat.

Wo liegen die Hauptaugenmerke in der Spezialisierungslehveranstaltung „Wirtschaftsgeographie“?

In der Einführung geht es darum, einen Überblick über verschiedene Forschungsfelder der Wirtschaftsgeographie zu bieten und durch Fallstudien interessante Themen zu illustrieren. In der Spezialisierung geht es dann doch eher um die praktische Anwendung. Es gibt einen komprimierten Vorlesungsteil, in dem es darum geht wissenschaftliche Artikel mit dem Fokus auf Regionalentwicklung zu bearbeiten. Basierend darauf gibt es Klassendiskussionen. Diese Theorien und Ideen sollen dann in Seminararbeiten auf empirische Fragestellungen im Kontext der EU angewendet werden. Da geht es erst einmal

darum, herauszufinden was eine gute Fragestellung ist und wie man diese angeht. Hier sollen auch Skills wie Datenbeschaffung und -verarbeitung, quantitative Datenanalyse und die Strukturierung wissenschaftlicher Arbeiten verbessert werden.

Ihr Institut schrieb letztes Angebote für Bachelor- und Masterarbeiten aus. Was erwarten Sie von Studierenden, die sich für eine Zusammenarbeit mit Ihrem Institut bewerben?

Vor allem Interesse an der Fragestellung. Natürlich soll auch ein Verständnis über den wissenschaftlichen Arbeitsprozess vorhanden sein. Manche wollen etwas empirisches machen, andere eher eine Literaturarbeit, das ist beides in Ordnung. Es gibt auf unserer Webseite eine Liste mit möglichen Themen (<https://www.wu.ac.at/en/wgi/abschlussarbeiten/>). Studierende können hier auch gerne mit eigenen Vorschlägen auf uns zukommen. Die Themen sind sehr vielfältig, von der Regionalpolitik im Waldviertel über Disparitäten der ärztlichen Versorgung in Wien, zu Armut und Migration in Europa.

Welche Tipps würden Sie StudienabsolventInnen heute mit auf den Weg geben?

Für den Anfang würde ich vorschlagen etwas zu experimentieren und sich durch das Studium auch für breitere gesellschaftlich relevante Themen zu interessieren. Man kann viele Sachen ausnützen, wenn man noch jung ist. Zum Beispiel können Auslandsaufenthalte einem die Augen öffnen. Wenn man nie im Ausland war, kann man schwer abschätzen, was in Österreich funktioniert oder auch nicht funktioniert. Man kommt zudem mit anderen Leuten in Kontakt, dadurch bekommt man eben auch eine größere Offenheit für Vielfalt, die gerade in der jetzigen Zeit sehr wichtig ist. Es ist auch wichtig sich so sogenannte „transferable skills“, wie kritisches Denken und Literaturanalyse, Design und Durchführung wissenschaftlicher Arbeiten, quantitative und qualitative Methoden, Präsentationen und das Verfassen von Berichten, anzueignen. Ebenso empfiehlt es sich, sich stetig weiterzubilden. Man darf nicht glauben, dass das Lernen nach dem Abschluss vorbei ist, dafür ändert sich die Welt einfach viel zu schnell.

Lieblingfilm?

Der Bockerer

Lieblingsbuch?

Hundert Jahre Einsamkeit (Gabriel Garcia Marquez), Der Schatten des Windes (Carlos Zafon)

Alternativer Berufswunsch?

Schwierig, ich wollte eigentlich immer Akademiker werden

Liebste Freizeitaktivität?

Familie, Fußball spielen, Radfahren, Lesen

Person, die man immer schon einmal kennenlernen wollte?

Vielleicht Karl Marx, damit man herausfinden könnte, wie er seine Arbeit in den jetzigen historischen Gegebenheiten einschätzen würde.

Die Standpunkte-Redaktion dankt Herrn Prof. Essletzichler für das Gespräch.

Maximilian Propst hat seinen VWL-Bachelor an der WU gemacht und beginnt dort nun mit seinem Master

Plenum Plurale Ökonomik

Offenes Plenum für alle Interessierten
9. Oktober, 19:00 am Oskar-Morgenstern-Platz 1, Besprechungssaal 01.141

„Kämpfe ums Klima. Brennpunkte des sozial-ökologischen Wandels“

Veranstaltungsreihe von system change not climate change, Uni Wien und Finance & Trade Watch
6 Veranstaltungen von 10.10.-5.12.2017, Universität Wien
Informationen unter systemchange-not-climatechange.at/de/kaempfe-ums-klima/

SOLVXI: Digitale Revolution – Wandel von Produktion und Arbeitsverhältnissen

von Studierenden selbst organisierte Lehrveranstaltung
Erste Einheit am 11. Oktober um 17:30 TC.3.05
Podiumsdiskussion am 18. Oktober um 17:30 im TC.2.01
Diskutierende: Streißler-Führer (GPA-djp), Risak (Uni Wien), Meren-Waldstein (IV), Peneder (WIFO)
Besuch einzelner Vorträge ohne Voranmeldung möglich
ansonsten Anmeldung über LPIS

Young Economist Conference 2017

JungökonomInnentagung von AK Wien und Gesellschaft für Plurale Ökonomik Wien
12.-13. Oktober 2017, Technisch-Gewerbliche Abendschule der AK, HS B402, 4., Plößlgasse 13
Anmeldung und Programm unter www.akwien.at/yec2017

„The role of the State in Economic Development - State Capacity, State Autonomy and Economic Development“

29th Annual EAPE Conference 2017; Jahrestagung der Association for Evolutionary Political Economy
19-21. Oktober, Budapest
Informationen unter EAPE.org, reduzierte Teilnahmegebühr für studierende EAPE-Mitglieder

Standpunkte-Plenum

Festlegen eines Schwerpunktes für die nächste Ausgabe (soll Anfang Sommersemester erscheinen)
Am besten schon zu Hause ein wenig brainstormen, worüber man ungefähr schreiben will
21. Oktober um 16:00 im D4.0.019

„Evolve to survive: Firm adjustment to customs-driven administrative barriers“

Workshop in International Economics mit Evgenii Monastyrnko (Paris School of Economics)
23. Oktober 2017, wiiw, 6., Rahlgasse 3
Anmeldung unter wiiw.ac.at/evolve-to-survive-firm-adjustment-to-customs-driven-administrative-barriers-e-358.html

Lesekreis zu Galbraith „The New Industrial State“

Buch selbst zu besorgen
es wird gemeinsam gelesen und dann in der Gruppe diskutiert
Termine sind: 9.11., 23.11., 30.11., 14.12., 11.1. und 25.1. (alles Donnerstage), jeweils 16-19 Uhr
Anmeldung per Mail an vw-zentrum@wu.ac.at oder in der ersten Einheit

FMM-Konferenz: „The Crisis of Globalisation“

Konferenz des Forum Macroeconomics and Macroeconomic Policies
9.-11. November 2017, Best-Western Hotel International, Berlin
Anmeldung und Programm unter www.boeckler.de/veranstaltung_imk_107484.htm

Workshop Arbeitsmarktökonomie 2017

Jährlicher Workshop von WU, JKU Linz, AK Wien und IHS
10. November 2017, Institut für höhere Studien, 8., Josefstädterstraße 39
Informationen unter: www.ihs.ac.at/de/forschungsgruppen/arbeitsmarkt-und-sozialpolitik/workshop-arbeitsmarktökonomie-2017/

„Sozial-ökologische Transformationen jetzt!“

Entwicklungstagung 2017 des Paulo-Freire-Zentrum
17.-19. November 2017, Karl-Franzens-Universität Graz
Informationen unter www.pfz.at/list111.htm

Grenoble Post-Keynesian Conference: „Instability Growth & Regulation“

7.-9. Dezember 2017, Grenoble Faculty of Economics, Universität Grenoble
Informationen und Anmeldung unter sites.google.com/site/grenoblepostkeynesianconf